

Moritz Kleine-Brockhoff

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt auf den Philippinen

vom 11. Dezember 2000 bis 11. März 2001

Squatting in Manila

Von Moritz Kleine-Brockhoff

Philippinen, vom 11. Dezember 2000 bis 11. März 2001
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

1. Zur Person	160
2. Manila, März 2001	160
3. Niemand weiß, wie viele Millionen „Squatter“ in der Chaosstadt Manila leben	162
4. Der Staat kann den vielen Arbeitslosen nicht helfen. Deshalb ist Schwarzarbeit normal und so billig, dass davon niemand eine Wohnung bezahlen kann	165
5. Wenn in der Stadt aus „Squattern“ Landbesitzer werden, tut sich was in den Slums	167
6. Zwangsumsiedlungen sind Regierungsprogramm	172
7. Estrada versprach den „Squattern“ „Vollgas“ für sie zu geben. Aber er half ihnen genauso wenig wie alle anderen Präsidenten vor ihm	174
8. In den Umsiedlungsprojekten ist es sauberer als in den Slums. Aber weil die meisten weit von Manila entfernt sind, ist es dort schwieriger zu überleben	177
9. Die Experten streiten sich darüber, ob Umsiedlungen in die Umgebung Manilas sinnvoll sind	183
10. Dutzende Behörden, tausende Beamte – das organisierte Chaos ist langsam und teuer	185
11. Unter der neuen Regierung wird sich nichts ändern	188
12. Der Staat ist arm und deshalb machtlos. Das Geld im Land ist ungerecht verteilt. Solidarität mit den „Squattern“ gibt es nicht	189

1. Zur Person

Moritz Kleine-Brockhoff ist Asienfan. Seit Jahren reist er durch die Region, erst waren es Urlaubsreisen, seit zwei Jahren berichtet er regelmäßig aus Indonesien, Osttimor, Thailand und Hongkong. Seine Abnehmer sind die Frankfurter Rundschau, die ZEIT, der Deutschlandfunk und die Deutsche Welle. Der 32jährige kommt aus Essen, studierte in den USA und in Köln und volontierte bei der Deutschen Welle, die ihn im Anschluss befristet als Redakteur im Aktuellen einstellte. Nach seiner Zeit bei der DW ging er für die Heinz-Kühn-Stiftung nach Manila, Neuland für ihn. Ein Drittel der Einwohner Manilas wohnen in Slums, rund 3,5 Millionen Menschen haben weder Mietvertrag noch Grundbesitz. Sie sind so genannte „Squatter“, haben einfach eine Hütte gebaut, wo noch Platz war. Moritz Kleine-Brockhoff wollte herausfinden, wie sie (über-)leben, was getan wird um ihnen zu helfen und warum die Slums Manilas immer weiter wachsen.

2. Manila, März 2001

Luzbiminda hat noch drei Monate. Dann kommen die Bulldozer und machen ihre Hütte platt. Eigentlich hätte sie schon vor vier Wochen wegziehen sollen, aber die Behörden gaben noch einen Aufschub. Seit zwölf Jahren wohnt sie hier im Barangay Bagong Ilog, am Ufer des Marikina-Flusses. Der Marikina ist ein Seitenarm des Pasig, der sich quer durch Manila windet. Zur Vereinfachung wird von Manila gesprochen, obwohl es korrekterweise Metro-Manila heißen müsste. Metro-Manila, auch „National Capital Region“ (NCR) genannt, besteht aus 17 Städten und Gemeinden, eine von ihnen ist die „City of Manila“. „Ich will nicht weg“, sagt Luzbiminda traurig, „aber das Land gehört nunmal dem Staat, was soll ich machen?“. Sie sei glücklich hier, sagt sie und lächelt verlegen, wahrscheinlich, weil sie weiß, dass das schwer zu glauben ist.

Der Fluss stinkt. Wie alle Gewässer Manilas ist er biologisch tot. Plastiktüten, Flaschen und anderer Müll treiben langsam in der braunen Soße. Vielleicht zehn Meter sind es zwischen Ufer und Straße. So wie überall, wo in Manila ein paar Quadratmeter Platz sind, haben hier einige Familien Hütten aufgebaut. Selbst zusammengenagelte Holzplankengerüste, die Wände aus dünnem Sperrholz, obendrauf das klassische Wellblech. Auf wackeligen Stelzen stehen die Häuschen am Flussufer. „Wenn es heftig regnet, dann steigt das Wasser um zwei Meter, fast bis zur Straße“, sagt Luzbiminda, „aber nach zwei Stunden ist es auch schon wieder abgeflossen.“ Dass dann alles voll Müll ist und sie bis zu den Knöcheln im Schlamm versinkt, daran habe sie sich gewöhnt.

Früher wohnten sie ein paar hundert Meter vom Fluss entfernt, da sei alles noch besser gewesen. Aus der Provinz, aus Mindoro, waren Luzbiminda und ihr Mann Ende der 70er Jahre gekommen, weil es dort keine Arbeit gab. Hier in Manila fanden sie ein Stückchen Land und bauten ihre erste Hütte. Gefragt hatten sie niemanden, zwischen zwei Häusern war eben Platz. Ihr Mann fand einen Job im Hafen und sie machte die Wäsche für die Nachbarn. Drei Kinder bekam Luzbiminda, sie war glücklich. Aber dann kam der Besitzer des Landes und vertrieb sie. Er wollte ein kleines Geschäft aufmachen. Sie weigerten sich, aber als vier Männer mit Baseballschlägern kamen und erst ihren Mann und dann die Hütte zusammenschlugen, da gingen sie. Nur am Fluss war noch Platz. Ihr Mann wollte da nicht hin. „Eines Morgens war er nicht mehr da“, sagt Luzbiminda regungslos, „er hat nicht einmal mit mir gesprochen, er war einfach weg. Ich habe ihn nie wiedergesehen.“

Jetzt ist Luzbiminda 40. Sie hat sich durchgeschlagen und darauf ist sie stolz. „Wir haben genug zu essen, meine Kinder sind gesund, sie gehen sogar zur Schule!“ Die Schule auf der anderen Straßenseite hat ihnen das Leben gerettet. Jeden Morgen steht Luzbiminda um 4.00 Uhr auf, geht zum Markt um einzukaufen. Dann macht sie kleine Frühstückspakete, die sie an die Schulkinder verkauft: Gebratener Reis, Fleisch oder Huhn, ein bisschen Gemüse. Mittags kommen die Schulkinder zurück und kaufen Süßigkeiten. Viel verdiene sie nicht, aber es reiche zum Überleben, sagt sie. Das sei es, was zähle. Und dass ihre Kinder den Schulabschluss schaffen und vielleicht einmal in einer Unterkunft mit richtigen Wänden wohnen könnten. Ohne Überschwemmungen. Mit fließendem Wasser. Mit Strom. Mit einer Toilette. All das haben sie jetzt nicht. Der Fluss ist die Toilette, nachts brennt eine alte Petroleumlampe. Das Trinkwasser kaufen sie in Kanistern von Nachbarn. Die hatten genug Geld, um ein paar Handwerker zu bezahlen, die eine Wasserleitung anzapften. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion legten sie einfach eine Verlängerung bis zu ihrer Hütte am Fluss. Für ein paar Pesos schaute die Polizei weg.

Noch drei Monate, dann müssen alle Familien hier weg. Weil der Pasig-Fluss und die Seitenarme wieder schön aussehen sollen. Weil ohne die Hütten am Ufer nicht so viel Müll in den Fluss geschmissen würde. Weil man Freiflächen braucht, auf denen das Regenwasser versickern kann. Nach jedem Wolkenbruch während der Regenzeit treten nicht nur die Flüsse und Kanäle über die Ufer. Große Teile Manilas sind dann regelmäßig überschwemmt, weil die kümmerliche Kanalisation die Wassermassen nicht verkraftet. Vor allem aber müssen Luzbiminda und ihre Nachbarn gehen, weil das Land auf dem sie wohnen, dem Staat gehört. Sie sind „Squatter“, haben weder Grundbesitz noch einen Mietvertrag und ohne Erlaubnis ihre Hütten errichtet.

3. Niemand weiß, wie viele Millionen „Squatter“ in der Chaosstadt Manila leben

Allein am Pasig-Fluss wohnen rund 350.000 „Squatter“, in ganz Manila sind es mehrere Millionen, wahrscheinlich ein Drittel der Einwohner. Ob in der Stadt 10, 12 oder gar 17 Millionen Menschen leben, das weiß niemand so recht. Die vorliegenden Zahlen sind ungenau, die Entwicklung ist zu rasant. Die meisten Experten schätzen, dass es mindestens 3,5 Millionen „Squatter“ in Manila gibt. Hinzu kommen Hunderttausende Obdachlose. Wie viele Menschen auf der Straße leben, ist unmöglich zu schätzen.

Diejenigen, die eine Bleibe haben, aber weder Land noch einen Mietvertrag besitzen, „Squatter“ zu nennen, ist nicht „Politically Correct“. „Informal Settlers“, „Urban Poor“ oder „Slum Dwellers“ werden sie von denjenigen genannt, die sagen, dass sie es gut mit Ihnen meinen. Die Menschen in den Slums selbst scheren sich nicht um Semantik. Sie seien „Squatter“, sagen sie, jeder wisse dann doch genau wer gemeint sei: Die Millionen, die an den Ufern der Flüsse und Kanäle, unter Brücken, entlang der Bahngleise und auf Müllkippen, einfach überall dort wohnen, wo genügend Platz war, um eine Hütte aufzubauen. Ihre Lebensbedingungen sind katastrophal, aber sie überleben, weil Geld in der Stadt ist. Einfache Arbeiten, Betteln, Klauen – irgendwie reicht es so gerade. Seit Jahrzehnten strömen die Menschen nach Manila, weil es in den Provinzen der Philippinen keine Arbeit gibt.

Manila: Auf 0,21 Prozent der Landfläche der Philippinen leben rund 15 Prozent der Filipinos. Die Bevölkerungsdichte ist dort sechzigmal höher als im Landesdurchschnitt. Der internationale Vergleich macht deutlich, wie überbevölkert Manila ist. Die Bevölkerungsdichte hier ist zehnmal so hoch wie die in London. Es gibt feine Wohnviertel mit riesigen Villen, Golfplätze, schicke Einkaufszentren, glitzernde Hochhäuser mit Marmorportalen von Banken und Versicherungen. Die daneben herrschende Armut, Krankheit, Verelendung und Verslumung ist kaum vorstellbar.

In 15 Jahren werden 80 Prozent der größten Städte der Welt in Asien sein, viele davon in Indien und China. In Südostasien ist Manila im Moment außer Bangkok und Jakarta die dritte sogenannte Megastadt. Südostasien ist eine Region, die sich in den vergangenen 20 Jahren schneller entwickelt hat als jede andere in der Welt. Aus manchen Entwicklungsländern wurden sogenannte Tigerstaaten. Die wirtschaftliche Entwicklung, vor allem in Singapur, aber auch in Malaysia, Thailand und mit Abstrichen in Indonesien, hatte auch für die Armen dort positive Auswirkungen.

Ausgeklammert sind die anderen südostasiatischen Staaten, die aus verschiedenen Gründen Sonderstellungen haben: Brunei ist aufgrund von Erdölvorkommen eines der reichsten Länder der Welt. Burma leidet unter einer bru-

talen Militärdiktatur. Vietnam und Laos, beide kommunistisch, haben sich genau wie Kambodscha nicht von den wirtschaftlichen Folgen der vielen Kriege im vergangenen Jahrhundert erholt, sie sind bettelarm.

Natürlich gibt es immer noch, bzw. seit der asiatischen Finanzkrise 1997 wieder Probleme. Aber viele Wellblechhütten sind verschwunden aus Bangkok und Kuala Lumpur, aus Singapur sowieso. In Jakarta ist die Situation stabil schlecht, nur in Manila wird die Situation der Armen immer schlimmer. Warum?

Die Philippinen sind ein armes Land, knapp 40 Prozent der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Das Wirtschaftswunder, das in manchen Ländern Südostasiens Tigerstaaten entstehen ließ, ging an den Philippinen vorbei. Das Geld, das im Land ist, ist extrem ungleich verteilt. Es gibt eine sehr reiche Elite mit wenigen einflussreichen Familien, deren Clans großen Landbesitz haben und Wirtschaft und Politik beherrschen. Der immense Besitz dieser Familien und die verheerenden Konsequenzen der ungleichen Landverteilung in den Philippinen sind ein Erbe der Politik der Spanier. Mehr als 300 Jahre lang, bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, waren die Philippinen eine spanische Kolonie. Dann kamen die Amerikaner, die erst in den 90er Jahren ihre massive Militärpräsenz beendeten. Kurz vor und dann noch einmal nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Philippinen auf dem Papier politisch unabhängig geworden. Die Verfassung und das Bildungssystem sind nach amerikanischem Vorbild verfasst. Langsam entwickelte sich eine kleine Mittelklasse. Sie gewinnt zwar mittlerweile an Einfluss, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die meisten Filipinos nach wie vor arm sind. Heute verdienen die reichsten zehn Prozent im Land 40 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP). Die ärmsten 20 Prozent erwirtschaften dagegen nur 5 Prozent des BIP. Besonders eklatant sind Armut und Arbeitslosigkeit auf dem Land. Seit Jahrzehnten wird versucht eine weitgreifende Agrarreform zu implementieren – ohne großen Erfolg.

Die schlechte wirtschaftliche Lage hängt auch mit dem rapiden Bevölkerungswachstum in den Philippinen zusammen. In diesem Jahrhundert betrug es im Landesdurchschnitt jährlich zwischen zwei und drei Prozent. 1903 lebten hier 7,6 Millionen Menschen, heute sind es rund 75 Millionen, im Jahr 2010 werden es 100 Millionen sein. Die Erweiterung der Agrarfläche konnte nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten, in vielen Gebieten hungerten die Menschen. Zunächst setzte eine Land-Land-Migration ein, seit Ende der 60er Jahre eine Land-Stadt-Migration. Die Flucht vor der Armut aus den Provinzen in die Stadt hat ein noch höheres Bevölkerungswachstum in den Städten zur Folge. Es ist dort jetzt fast doppelt so hoch wie auf dem Land. 1970 lebten nur ein Drittel der Filipinos in Städten, 1995 schon mehr als die Hälfte. Manila ist besonders betroffen. Jedes Jahr ziehen eine weitere halbe Million Menschen zu. Weil die Geburtenrate bei Frauen der

armen Bevölkerungsschicht überproportional hoch ist, wachsen Manilas Slums noch schneller als der Rest der Stadt.

Manila ist seit Jahrhunderten das Zentrum der Philippinen. Die Stadt liegt in einer vor Stürmen gut geschützten Bucht, die tiefes Wasser und deshalb einen Hafen hat, in den große Schiffe einlaufen können. Seit ca. 500 nach Christus handeln China und die Philippinen miteinander, Manila war der bevorzugte Umschlagplatz. Die Stadt ist umgeben von zwei Agrargebieten mit besonders fruchtbarem, vulkanischem Boden: Von der zentral-luzonischen Tiefebene und von der Hügellandschaft Batangas. 1571 wählte der spanische Generalgouverneur Manila als seinen Amtssitz und machte es so de facto zur Hauptstadt der Kolonie. Die Siedlung bekam eine Monopolstellung für den Außenhandel. Parallel dazu wurden in Manila alle relevanten politischen Institutionen geschaffen. Das von den Spaniern errichtete, zentralistische Herrschaftssystem wurde sowohl von der zweiten Kolonialmacht, den Amerikanern, als auch von der ersten philippinischen Regierung beibehalten. Gleichzeitig wurde die Entwicklung der Infrastruktur und der Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in den Provinzen vernachlässigt. Die Folgen sind bis heute deutlich. Unangefochten ist Manila das politisch-administrative, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zentrum der Philippinen. 70 Prozent aller Telefonanschlüsse des Landes sind hier. Ohne Alternative geht von Manila eine Magnetwirkung für Migranten aus. Die seit Jahrzehnten anhaltende Zuwanderung führte zu einer dramatischen Übervölkerung der Stadt. Die Folgen sind in vielen Bereichen massiv, am offensichtlichsten sind sie in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Verkehr, Umweltbelastung und Wasser.

Manila hat die dreckigste Luft der Welt. Die Kohlenmonoxid-, Schwefeldioxid-, Bleigehalt-, und Schwebstaubbelastungen sind zwei- bis dreimal so hoch wie in europäischen Großstädten. Hauptverursacher der Luftverschmutzung sind rund eine Million Kraftfahrzeuge, mehr als die Hälfte des nationalen Gesamtbestandes, die durch Manila kriechen – Durchschnittsgeschwindigkeit 8 km/h. Täglich werden rund 30.000 Liter Benzin in Kraftfahrzeugen verbrannt. Katalysatoren oder bleifreies Benzin gibt es praktisch nicht – schwarz ist das, was aus den Auspuffen der Jeepneys, Busse und LKW geblasen wird.

Ironischerweise trägt ein Gesetz, der sogenannte „Clean Air Act“, sowohl zur Luftverschmutzung als auch zum Problem der Müllentsorgung bei. Demnach ist es verboten, Müll zu verbrennen, deshalb gibt es keine Müllverbrennungsanlagen. In Manila werden täglich 6.000 Tonnen Müll produziert. Nur zwei Drittel aller privaten Haushalte werden von der städtischen Müllabfuhr erfasst. Der Abfall, der abgeholt wird, wird mit LKW's zu riesigen Müllkippen gebracht, die in der Umgebung der Stadt sind. Dort wird der Müll sich selbst überlassen. Im vergangenen Jahr begrub auf einer dieser Kippen (in Payatas) eine Mülllawine „Squatter“, die am Fuße des Müllbergs wohnten.

Mehrere Hundert Menschen starben. Momentan sind viele Müllkippen auf Anweisung von Richtern geschlossen. Anwohner und Umweltschützer hatten gegen Gestank protestiert bzw. auf Folgen für das Grundwasser hingewiesen. Weil jetzt ein großer Teil von Manilas Müll nicht abgeholt und entsorgt werden kann, wird er einfach verbrannt. Unkontrolliert, nicht in einer modernen Müllverbrennungsanlage, die es wegen des „Clean Air Act“ nicht gibt, sondern illegal an den Straßenecken.

Nur zwei Drittel aller Haushalte Manilas haben einen Wasseranschluss und eine Toilette. Während der Trockenzeit ist die Wasserversorgung auch für sie nicht gewährleistet. Regelmäßig gibt es nur wenige Stunden pro Tag Wasser. Die Abwasser der Stadt, rund eine Million Kubikmeter pro Tag, werden fast ausschließlich ungereinigt in den Pasig-Fluss oder direkt ins Meer geleitet.

Manila – eine Stadt, deren Infrastruktur in jeder Hinsicht überfordert ist mit der Flut von Menschen, die hier hingezogen sind und immer noch hinziehen. Neue Projekte, zum Beispiel der Bau von Nahverkehrsstrecken, können die Situation nicht verbessern. Sie können nur dazu beitragen, dass sich die Verhältnisse langsamer verschlechtern.

4. Der Staat kann den vielen Arbeitslosen nicht helfen.

Deshalb ist Schwarzarbeit normal und so billig, dass davon niemand eine Wohnung bezahlen kann

Die Umweltprobleme sind eklatant, die Lage auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt erschütternd. Das Hauptproblem der Menschen, die aus den Provinzen hierhin kommen, setzt sich in der Stadt fort: Es gibt nicht genügend Arbeit. Obwohl Manila die dynamischste Wirtschaftsregion des Landes war und ist, blieb und bleibt der Arbeitsplatzzuwachs hinter der Bevölkerungszunahme zurück. Genaue Statistiken zur Arbeitslosigkeit gibt es nicht, auch weil ein Resultat der chronischen Unterbeschäftigung die Errichtung eines informellen Arbeitsmarktes ist. Er besteht vor allem aus Dienstleistungen. Die Zuwanderer, die meist nicht mehr mitbringen als ihren Überlebenswillen, waschen und bügeln, sie kochen und putzen. Sie bieten als Straßenhändler Waren jeder Art an, wenn sie Glück haben werden sie Jeepney- oder Taxifahrer, Sicherheitspersonal oder Gärtner. Aufstiegsmöglichkeiten gibt es nicht. Weil das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage stark übersteigt, sind die Löhne erbärmlich. Eine Haushaltshilfe, die im Haus ihres Arbeitgebers wohnt, also 24 Stunden lang im Dienst ist, verdient rund 3.000,- Pesos im Monat. Das sind rund 120,- Mark, vier Mark pro Tag. Der gesetzliche Mindestlohn in Manila beträgt neun Mark pro Tag. Nur die Hälfte aller Firmen halten sich daran, auf dem informellen Arbeitsmarkt spielt die gesetzliche

Regelung keine Rolle. Löhne zwischen 2.000,- und 6.000,- Pesos pro Monat (DM 80,- bis 240,-) sind „normal“ in den typischen Berufen Nachtwächter, Chauffeur oder Gärtner. Sozialleistungen wie Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherungen sind auf dem informellen Arbeitsmarkt unbekannt.

Mit weniger als 250,- Mark im Monat in Manila zu überleben ist schwierig, mit so wenig Geld legal bezahlbaren Wohnraum zu finden unmöglich. Die Grundstückspreise folgen dem Marktgesetz von Angebot und Nachfrage. Sie sind, wie in allen Metropolen der Welt, auch in Manila explodiert in den vergangenen Jahrzehnten. Der Monatslohn eines Jeepney-Fahrers reicht nicht aus, um einen Quadratmeter Land zu kaufen. Das gesamte Einkommen, das ein Lehrer während seines Lebens verdient, ist zu wenig, um ein 100 qm Grundstück in einem sogenannten „Mittelklasse-Wohnviertel“ zu kaufen. Auch deshalb gibt es fast überall in Manila die „Squatter-Siedlungen“. Während sie in anderen Großstädten der Dritten Welt oft auf bestimmte Bereiche begrenzt sind, sind die Slums in Manila über die ganze Stadt verstreut. Keine zehn Minuten lang fährt man hier Auto, ohne an einer Wellblechhütte vorbeizukommen. Einzige Ausnahme sind die Ghettos der Reichen, deren Villen in abgeriegelten Straßenzügen hinter hohen Mauern stehen.

Illegal dort eine Hütte zu bauen, wo gerade Platz ist, war und ist für viele Einwohner Manilas die einzige Möglichkeit, eine bezahlbare Bleibe zu haben. Rund dreiviertel der Wohnhäuser und -hütten der Stadt sind ohne Genehmigung errichtet worden. Viele haben lediglich Holzwände und Blechdächer. Auch hier ist es ähnlich wie auf dem Arbeitsmarkt, es gibt einen informellen Wohnungsmarkt. Selbst wenn das Land jemand anderem gehört – derjenige, der hier seit Jahren wohnt, hat Rechte erworben. Auf dem so genannten Schattenmarkt werden „Squatting-Rechte“ gehandelt, Hütten verkauft und vermietet. Knapp die Hälfte aller Unterkünfte bestehen aus nur einem Raum, weitere 40 Prozent haben zwei Zimmer. Die Räume haben in der Regel etwa 15 qm, die Enge ist erdrückend. Wie in den meisten Entwicklungsländern ist die Geburtenrate unter den Armen überproportional hoch. Im Schnitt besteht eine Familie, die in einer Hütte lebt, aus 5,2 Personen. Um zusätzliches Einkommen zu erzielen, nehmen manche Familien Untermieter auf. Das ist der typische Einstieg für Neuankömmlinge in Manila. Zunehmende Untermietervermietung ist ein relativ junges Phänomen und Zeichen dafür, dass immer mehr Menschen kommen, obwohl es eigentlich keinen Platz mehr gibt in der Stadt. Untervermietung ist auch Ausdruck der finanziellen Not der „Squatter“, die schon da sind. Eigentlich sind Neuankömmlinge nämlich nicht willkommen. Sie sind neue Konkurrenz im Kampf um Arbeit.

Zweidrittel des Landes, auf dem die „Squatter“ leben, gehört dem Staat. Der größte Teil des anderen Drittels ist der Privatbesitz einiger reicher Familien. Oft haben sie große Flächen aus Spekulationsgründen brachliegen lassen.

Weil die Grundsteuern in den Philippinen sehr niedrig sind, konnten diejenigen von der Preisentwicklung profitieren, die unentwickeltes Land in guter Lage besaßen und brachliegen ließen. Wer sein Land allerdings nicht umzäunt und bewacht hat, der findet dort jetzt „Squatter“. Insgesamt, so Ex-Präsident Joseph Estrada, wohnen in Manilas „Squatter“ auf Land, das 100 Milliarden Mark wert sei. Sie sind überall, in großen Slums und auf den kleinsten Flecken. In manchen Stadtteilen, zum Beispiel in Caloocan, gibt es kaum noch Bürgersteige, sondern viele kilometerlange Reihen von selbstgebastelten Hütten direkt an der Straße. Andere leben am Fuße von Müllkippen. Ja, es stinkt schrecklich. Ja, viele Menschen werden krank. Aber aus Sicht der „Squatter“ haben Müllkippen zwei große Vorteile: Es gibt Platz und von dem, was man im Müll findet, kann man überleben. Außerdem ist jede Müllkippe einmal voll. Wenn das Gebiet anderweitig genutzt werden soll, sind die „Squatter“ schon da. Hier, genau wie an allen anderen Orten, wo „Squatter“ leben, erwerben sie durch jahrelanges Wohnen Rechte. Sie dürfen nicht vertrieben werden, ohne dass die Regierung oder der Privatbesitzer ihnen eine Alternative bietet. Im Prinzip gibt es für den Eigentümer des Landes, sei es der Staat oder eine Privatperson, nur zwei Möglichkeiten: Umsiedlung oder Verkauf. Um langfristig wirksam zu sein, muss in beiden Fällen ein Weg gefunden werden, „Squatter“ zu Landbesitzern zu machen. Das kostet Geld. Geld, das in fast allen Fällen weder der Staat noch die „Squatter“ haben. Aber es gibt Ausnahmen.

5. Wenn in der Stadt aus „Squattern“ Landbesitzer werden, tut sich was in den Slums

Franzisco Sularte wohnt auf dem Müll. Vor 25 Jahren kam er aus der Provinz Leyte nach Manila. Mit Gelegenheitsjobs auf dem Bau hat er sich durchgeschlagen. Jetzt hat er eine Familie mit zwei Töchtern und ein Dach über dem Kopf und darauf ist er stolz. Die meisten Straßenkarten von Manila zeigen dort, wo sein Haus steht, Wasser. Früher war hier in Catmon, in Malabon im Norden Manilas, ein großer Fischteich. „Die Alten erzählen, dass sie noch Fische gesehen hätten“, sagt Franzisco, „aber so recht vorstellen können wir uns das nicht.“ Irgendwann war das Wasser so verseucht, dass die Fische sich nicht mehr vermehrten, sondern starben – das Ende der Fischzucht. Genauso schnell wie Manila wuchs über die Jahre auch ein Müllberg auf dem Grund des alten Fischteichs. Die Müllabfuhr kam nicht oft genug und weil man nicht wusste wohin mit dem Abfall, schmissen ihn die Menschen einfach in den Teich. Aus den Augen, aus dem Sinn – Gedanken macht sich in Manila kaum jemand, wenn es darum geht, Müll in die Gewässer der Stadt zu werfen. Ende

der 80er Jahre war der Teich voll – tausende Kubikmeter durchtränkter Müll. Gestank hin, Gestank her – als die Masse irgendwo zwischen fest und flüssig war, da bauten die ersten „Squatter“ auf Stelzen ihre Hütten hier. Heute ist der ehemalige Teich das sogenannte People’s Village, ein Slum. Auf vier Hektar „Land“ leben 22.000 Menschen.

Gestern hat es geregnet. Nicht lange, vielleicht eine Stunde lang. Deshalb steht People’s Village nicht überall unter Wasser. Aber dort, wo keine Stege gebaut sind, da sinken die Schuhe bei jedem Schritt in die Müllmasse ein. Manchmal sind aus Sandsäcken enge Pfade zwischen den Hütten angelegt. Die meisten Häuschen sehen so aus wie überall in Slums: Holzgerüste, zusammengezimmerte Spanplatten, Wellblech obendrauf. Aber es gibt auch solide Häuser mit Fundamenten aus Beton und Backsteinwänden. Innerhalb der Slums gibt es große Einkommensunterschiede. Wer einen festen Job gefunden hat, der kann sich hier ein gutes Haus bauen. Aber auch für diejenigen, die regelmäßig arbeiten, ist es fast utopisch aus den „Squatter-Bezirken“ herauszukommen und eine reguläre Wohnung bezahlen zu können. Ein Jeepneyfahrer, der seine Familie ernähren und seine Kinder zur Schule schicken will, kann davon nur träumen.

Ob arm mit gutem Haus oder bettelarm mit Holzhütte, alle Menschen in People’s Village haben ein Problem: Das Wasser. Unter den Häusern steht es zwischen den Stelzen. Dunkelbraun, stinkend. Anders als in den Flüssen und Kanälen treibt der Müll, der an der Oberfläche schwimmt, nicht langsam weiter. Hier ist und bleibt er. Eine stehende braune Soße und Menschen gleich nebenan – ein Paradies für Ratten, Mäuse und Mücken. Der ehemalige Fischteich liegt unter dem Meeresspiegel. Nach jedem kräftigen Regenguss steht alles unter Wasser. Meist nur bis zu den Knöcheln, aber das reicht um die Menschen krank zu machen. Wer Glück hat kriegt nur Hautausschlag, Durchfall oder eine harmlose Infektion. „Oft wird es ernst“, sagt Franzisco, „Dengue-Fieber, Malaria, Cholera, Tuberkulose – das Wasser und die Mücken bringen alles mit.“

Bald soll es besser werden. Franzisco hat schon angefangen. Vor seinem Haus gibt es einen Steg aus Holzplanken. „Den habe ich zusammen mit den Nachbarn gebaut“, sagte er strahlend. „Ein paar Monate hat es gedauert, bis wir das Holz zusammen hatten, aber jetzt sieht es doch wirklich gut aus.“ Und das sei erst der Anfang, sagt Franzisco. Seit einem Jahr sind er und seine Nachbarn nämlich keine „Squatter“ mehr, sie haben das Land auf dem sie wohnen mit Hilfe des Staates gekauft. Weil sie jetzt wissen, dass sie niemand mehr vertreiben kann, wollen sie People’s Village voranbringen. CMP, „Community Mortgage Program“, heißt das Hauptinstrument der Regierung, mit dem aus „Squattern“ Landbesitzer werden: Eine Gruppe von „Squattern“, nicht mehr als 300 Familien, müssen sich zusammentun und dann einen

Partner finden, der sie vertritt. Das kann eine Nichtregierungsorganisation sein, eine Stiftung oder eine staatliche Stelle. Der Partner verhandelt dann mit dem Besitzer des Landes. Ist man sich über den Preis einig, kann ein staatlicher Kredit für den Kauf beantragt werden. Wird dieser genehmigt, dann kauft die „Squatter-Gemeinde“ kollektiv ihr Viertel und zahlt den Kredit an den Staat zurück.

Viele Landbesitzer (Privatpersonen oder der Staat) wollen verkaufen, weil Gesetze vorschreiben, dass alteingesessene „Squatter“ in der Regel nicht ohne weiteres vertrieben werden dürfen. Wollten sie das Land anderweitig nutzen, dann müssten sie ein Umsiedlungsprojekt für die „Squatter“ finanzieren oder sie entschädigen. Das ist teuer. „Die Familie Gozon, der hier praktisch die ganze Gegend gehört, die wollte verkaufen, das wussten wir“, erzählt Franzisco. „Trotzdem haben wir jahrelang über den Preis gestritten. Das Problem war, dass die soviel Geld haben. Sie wollten, mussten aber nicht verkaufen. Nicht einen Centavos sind sie uns entgegengekommen. Nach drei Jahren haben wir schließlich ihr Angebot unverändert angenommen, 1.650,- Pesos pro Quadratmeter.“ 248 Familien machen mit, 1.650,- Pesos (DM 70,-) pro Quadratmeter durchtränkter Müll. Zusammen haben sie sich beworben für den staatlichen Kredit unter dem CMP und sind angenommen worden. Die „National Home Mortgage Finance Corporation“ (NHMFC) vergibt den Kredit und sie garantiert dem Verkäufer die Zahlung von Zinsen und Tilgung. Sechs Prozent Zinsen pro Jahr, das ist weniger als die Hälfte des Marktinzinses.

„Wir sind sehr, sehr glücklich, die Regierung hat uns wirklich geholfen. Jetzt wissen wir, dass wir hier bleiben dürfen“, sagt Franzisco. 25 Jahre lang müssen er und die anderen Familien 325,- Pesos (DM 13,50) im Monat zahlen, dann gehört das Gebiet ihnen. Zwischendurch sollen auch die einzelnen Grundstücke ausgewiesen werden und jeder soll einen Grundbucheintrag bekommen. Aber so weit sind sie noch nicht. Erstmal müssen sie eine Weile lang pünktlich zahlen, sonst kann die NHMFC den Vertrag kündigen. „325,- Pesos, das hört sich nicht nach viel Geld an, aber hier hat kaum jemand einen festen Job. Die meisten arbeiten, wie ich, gelegentlich auf dem Bau. Wenn gebaut wird, gibt es Arbeit, dann geht es uns gut. Aber seit der Asienkrise geht es nur noch langsam voran. Deshalb sind viele arbeitslos und dann kommen die anderen Probleme. Aus Langeweile zocken sie oder nehmen Drogen, manche beginnen zu dealen. Wenn nichts anderes mehr klappt, schicken sie ihre Töchter auf den Strich. Aber ich will nicht übertreiben, wir haben Probleme hier, aber wer hat die nicht? Insgesamt kommen doch alle gut miteinander aus.“

Franzisco weiß genau, was in seiner Nachbarschaft passiert. Er ist der Präsident des Verbundes der Familien. In allen Slums gibt es hierarchische Strukturen und Organisationen mit gewählten, ernannten oder traditionellen Führern. Wer auf so engem Raum zusammenlebt, der muss sich untereinander

der arrangieren. Konflikte werden innerhalb des Slums geregelt, teilweise mit Gewalt. Die Polizei kommt hier nicht hin. Die Gassen sind zu eng für Autos. Weil auch Löschzüge der Feuerwehr nicht in die Slums fahren können, ist es unmöglich hier Feuer zu löschen. Wenn es brennt, verlieren Tausende ihre Bleibe. Polizisten, die zu Fuß in Slums patrouillieren, gibt es nicht. Vielleicht kommen sie nicht, weil sie Angst um ihre eigene Sicherheit haben. Vielleicht liegt es daran, dass es in ganz Manila nur 15.000 Polizisten gibt und man den Anspruch aufgegeben hat, sich um alles zu kümmern.

In Franziscos Nachbarschaft ist man es gewohnt, sich um sich selbst zu kümmern und möglichst zusammenzuhalten. Als sie von der Möglichkeit des CMP-Kredits hörten, waren sich alle schnell darüber einig, dass man es probieren wolle. Es hat geklappt, damit gehören die Familien im People's Village zu den wenigen Glücklichen. Seit Ende der 80er Jahre läuft das CMP-Programm. Im Schnitt wurde und wird jährlich knapp 10.000 Familien geholfen, das ist weit unter den Zielen, die sich die verschiedenen Regierungen gesetzt hatten. „Geld war immer das Problem“, sagt Vikki Horfilla. „Die „Squatter“ zahlen zwar mit rund 75 Prozent Rückzahlungsrate weitaus öfter ihre Zinsen und ihre Tilgung als die Kreditnehmer aus der Mittel- und Oberklasse, für die es andere Programme gibt. Deshalb gilt CMP auch als erfolgreich. Aber selbst wenn zurückgezahlt wird, der Staat muss das Geld für den Kredit ja nun erst mal haben. Das war nicht immer der Fall.“

Horfilla ist gerade zur neuen Direktorin des CMP ernannt worden. Die Wände in ihrem Büro sind nackt, auf dem Schreibtisch stapelt sich Papier, Aktenordner hat sie noch nicht bekommen. Horfilla ist von der neuen Regierung Macapagal-Arroyo eingesetzt worden. 25 Jahre lang hatte sie zuvor für Nichtregierungsorganisationen mit „Squattern“ gearbeitet, sie kennt sich aus. „Unter der Estrada-Regierung gab es viele Versprechungen, aber wenig ist geschehen. Schauen sie sich das CMP an. Nur ein bisschen mehr als die Hälfte der zugesagten Mittel ist tatsächlich geflossen. Das muss sich ändern.“ Horfilla spricht über das komplizierte Verfahren, nach dem die CMP-Kredite vergeben werden. Die Regularien dafür sind auf 25 Seiten zusammengefasst und beschreiben den Behördenmarathon, der bewältigt werden muss, bevor Geld fließt. Oft dauert es Jahre, nicht selten geben die Antragsteller vorher frustriert auf. „CMP muss einfacher werden und wir brauchen Geld. Es ist erwiesen, dass das gut angelegte Geld ist. „Squatter“ zu Landbesitzern zu machen, das ist eine Lösung, die langfristig Bestand hat. Das Beste aber ist, dass eine kleine „Squatter-Gemeinde“ komplett mitmachen muss. Wenn sie unter CMP sind, beginnen sie, gemeinsam ihr Gebiet zu entwickeln, weil sie wissen, dass sie langfristig bleiben können.“

Seit die Gruppe um Franzisco den CMP-Vertrag unterschrieben hat, tut sich was im People's Village. „Zuerst müssen wir uns um das Wasser kümmern,

wir brauchen Trinkwasserleitungen und eine Kanalisation, die funktioniert“, meint Franzisco. Mit der internationalen Nichtregierungsorganisation „Medicins sans Frontieres“ (MSF) haben sie auch schon einen Partner gefunden, der ihnen hilft. Seit sechs Monaten wird geplant, in ein paar Wochen soll es losgehen mit dem Bau eines Abwassersystems. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Wasser abläuft, dann werden hier auch nicht mehr so viele krank“, sagt Amelia Cervales. Sie arbeitet für MSF im People’s Village. „Unten drunter ist ja alles Müll. Die Soße, die hochkommt, wenn es regnet, ist schrecklich. Wir haben das Wasser zwar nicht untersuchen lassen, aber man braucht keine Experten um zu wissen, dass die Brühe gefährlich ist. Wenn das Wasser erstmal abfließt, dann wird es auch weniger Mücken und Ratten geben, weil die stehenden Gewässer verschwinden werden.“ Amelia sagt, dass alle hier froh seien, dass das Projekt bald losginge. „Wir werden akzeptiert. Wenn der Bau losgeht, dann werden alle hier mit anpacken. Wir wollen, dass die Bewohner mitarbeiten, dass sie Verantwortung dafür übernehmen, was in ihrem Slum passiert. Irgendwann werden sie dann vielleicht auch aufhören, ihren Müll einfach in den nächsten Kanal zu schmeißen, weil sie verstehen, dass das Konsequenzen für das ganze Viertel hat.“

MSF kann nur Leitungen bis zum nächsten Kanal bauen. „Wenn der mit Müll verstopft ist, dann ist alles für die Katz“, sagt Pascal Carré, der Leiter des Projektes. „Deshalb veranstalten wir ganz viele Workshops, in denen wir den Leuten klar machen, dass sie ihren Abfall da nicht einfach reinwerfen können. Es gibt ja eine legale Müllkippe hier in der Nähe. Gut, die Müllabfuhr kommt nicht, das ist nunmal so. Die Menschen im Slum müssen den Müll selbst dorthin bringen und das versuchen wir gerade zu organisieren.“ Die geplante Kanalisation und das Verlegen von Trinkwasserleitungen sind nur der erste Schritt des MSF-Projektes. Danach soll das Viertel praktisch zubetoniert werden. „Wir wollen sozusagen den Müll unter dem Slum versiegeln“, sagt Pascal, „dann ist das Wasser bei Überschwemmungen wenigstens sauber, darum geht es.“ Ein paar hundert Meter weiter kann man sehen, wie es im People’s Village einmal aussehen soll. Paradise Village, so heißt ein anderer Teil des ehemaligen Fischteiches. Die Menschen hier sind seit vier Jahren in dem CMP-Programm. Mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen und mit Geld aus Programmen der japanischen Botschaft haben sie ihre Gassen betonierte. In der Mitte jeder Gasse gibt es eine Rinne, da fließt das Abwasser ab. Auf der Rinne sind Gitter, so kann niemand Müll hineinwerfen und die Kanalisation verstopfen. Paradise Village ist immer noch ein Slum. Die Enge, die einfachen Hütten, all das wird sich kaum ändern. Aber durch die betonierte Gassen mit der Kanalisation ist es sauber hier. „Natürlich gibt es auch hier ab und an immer noch Überschwemmungen, wir können die Situation nur verbessern und das Problem eindämmen. Nach Wolkenbrüchen steht ja fast

der gesamte Norden Manilas unter Wasser. Eigentlich bräuchte ganz Manila eine neue Kanalisation. Aber davon kann man wohl nur träumen“, glaubt Pascal. „Mit dem, was hier mit der neuen Kanalisation bewegt wird, helfen wir zwar nur wenigen, aber wir helfen.“ Millionen „Squatter“ kann nicht geholfen werden. Zwar gibt es viele nationale und internationale Hilfsprogramme und hunderte engagierte Organisationen, aber eben Millionen, also zu viele, die Unterstützung bräuchten.

Der Staat, mit 100 Milliarden Mark im Ausland verschuldet, ist ebenfalls überfordert. Der gesamte philippinische Staatshaushalt ist genauso groß wie der Hamburgs, für 75 Millionen Filipinos soll er sorgen. Das Bevölkerungswachstum und die schlechte Wirtschaftslage in den Philippinen haben nicht nur Konsequenzen für die Wohnsituation. Es führt zu nicht minder dramatischen Krisen auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen und vor allem im Bildungsbereich, weil der Anteil der Jungen mit dem rasanten Bevölkerungswachstum immer größer wird. Auch weil alles – Wohnungen, Krankenhäuser und Schulen – wichtig ist, werden die wenigen Mittel nach dem Gießkannenprinzip verteilt und haben nirgendwo eine befriedigende Wirkung. Dort wo geholfen wird, ist manchmal auch fraglich, ob die Regierungsprogramme sinnvoll sind. CMP, das klappt. Aber über andere Programme sind die Betroffenen oft gar nicht glücklich. Besonders dann nicht, wenn sie unfreiwillig teilnehmen.

6. Zwangsumsiedlungen sind Regierungsprogramm

„Geholfen“ werden soll auch den Familien am Marikina Fluss, dem Seitenarm des Pasig, wo auch Luzbiminda mit ihren Kindern auf dem kleinen Flecken am Ufer wohnt. Aber CMP, das kommt für sie nicht in Frage. Das Land gehört dem Staat und in ihrem Fall soll nicht an die „Squatter“ verkauft werden. Im Gegenteil: Die Behörden haben entschieden, dass alle „Squatter“ vom Ufer verschwinden müssen. Weil Gebiete entlang der Flüsse und Kanäle als „Gefahrengebiet“ klassifiziert sind. Hier könnte auch ein funktionierendes Abwassersystem kaum etwas ausrichten gegen die regelmäßigen Überschwemmungen. Und weil dort, wo Luzbiminda wohnt, eine Infrastrukturmaßnahme der Regierung realisiert werden soll. Die Hilfe an die „Squatter“ besteht darin, einen anderen Ort zum Leben zur Verfügung zu stellen, eine Unterkunft in einem Umsiedlungsprojekt. Luzbiminda will kämpfen. „Nach all den Jahren sollen wir hier weg! Das geht doch nicht, meine Jungs müssen doch den Schulabschluss machen, dafür habe ich jahrelang geschuftet! Ich weiß nicht, ob es da, wo wir hin sollen, eine Schule gibt.“ Luzbiminda hat keine Wahl. Der Marikina-Fluss fällt als Seitenarm des Pasig unter das Programm der „Pasig River Rehabilitation Commission“

(PRRC), die vor zwei Jahren gegründet wurde. Erklärtes Ziel ist es, den Fluss wieder so schön zu machen, wie er früher einmal war. Von einer Promenade ist die Rede, von Tourismus, von Parks zum Spaziergehen am Ufer entlang, von einem Erholungsgebiet.

Das Projekt ist monumental: In einem ersten Schritt sollen auf einer Länge von 27 Kilometern alle „Squatter“ verschwinden, die in einem Abstand von zehn Metern oder weniger am Ufer wohnen. 10.000 Familien, also rund 50.000 Menschen, sind betroffen. Später soll das Programm über die zehn Meter hinaus erweitert und auf die vielen Esteros, die kleinen Kanäle, die in den Pasig münden, ausgedehnt werden. Dann müssen knapp 70.000 Familien weichen, rund 350.000 „Squatter“. „Ob die Zahlen stimmen, wissen wir nicht“, sagt Bingle Gutierrez schulterzuckend, „was heute stimmt, kann morgen schon ganz anders sein. Wahrscheinlich sind die Zahlen höher.“ Gutierrez sitzt entspannt hinter ihrem großen Schreibtisch, beruhigend surrt die Klimaanlage. Die Exekutivdirektorin der PRRC gibt zu, dass das Projekt nicht so recht vorankommt. „Eigentlich wollten wir bis zum vergangenen Dezember 10.000 informelle Familien umsiedeln, aber das ist uns nur zur Hälfte gelungen.“ Widerstand der Familien sei der Hauptgrund. „Wir haben sieben Umsiedlungs-Standorte, aber eigentlich wollen die Menschen da nicht hin. Das ist schwierig. Wir wollen ihnen ja helfen. Wir bieten ihnen eine bessere Wohnsituation an einem Ort, an dem sie nicht ständig von Überschwemmungen betroffen sind.“

Eine Milliarde Dollar für 15 Jahre hat die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) für das Projekt zur Verfügung gestellt. Die jetzige Kommission ist nicht der erste Versuch, den Fluss zu verschönern. „Pasig River Development Program“ und das „Pasig River Environmental Management and Rehabilitation Sector Development Program“ sind ältere Projekte, die viel Geld gekostet und wenig bewirkt haben. Insgesamt sind in den vergangenen Jahren 50.000 „Squatter“ umgesiedelt worden. Die Parks, die auf den freigewordenen Flächen entstehen sollen, gibt es noch nicht. „Sie sind ausgeschrieben, aber die Auftragsvergabe für die Realisierung ist kompliziert. Wir müssen ganz viele Auflagen der ADB befolgen“, sagt Gutierrez, „das braucht seine Zeit.“

Eigentlich gibt es nur einen Teil des Pasig Rivers, an dem man sich Touristen und Erholung vorstellen kann: In Intramuros, wo noch ein paar Bauten aus der Kolonialzeit stehen und die mächtigen Mauern einer alten Festung unter anderem einen Golfplatz umschließen. Ab genau dort hat eine Schiffsgesellschaft einen langjährigen Leasingvertrag für das Land am Pasig. Hier werden Frachter be- und entladen. Alle anderen Teile des Pasig sind wenig einladend. „Haben Sie schon mal jemanden in Manila gesehen, der spazierengeht?“, fragt Luzbiminda mit großen Augen. „Dass der Fluss dreckig ist und dass wir mit unserem Müll dazu beitragen, das stimmt ja. Aber was ist mit den

Fabriken, die ihre Abwässer einfach in den Pasig leiten? Die werden nicht umgesiedelt! Und warum kommt die Müllabfuhr nicht zu uns? Dann hätten wir das Problem mit dem Abfall nicht. Umsiedlungsprojekte sind so teuer, mit dem Geld sollten sie uns lieber einen kleinen Deich bauen und uns in Ruhe lassen! Nach Rizal sollen wir, das ist so weit weg von Manila, wie können wir da überleben?“ Gesehen hat sie das Umsiedlungsprojekt noch nicht, nur gehört, dass es weit weg sei von der Stadt und das man dort kein Geld verdienen könne. Luzbiminda soll in die „Erap City“ ziehen, ein Projekt von Ex-Präsident Estrada, den hier alle „Erap“ nennen.

7. Estrada versprach den „Squattern“ „Vollgas“ für sie zu geben. Aber er half ihnen genauso wenig, wie alle anderen Präsidenten vor ihm

Die Stimmen der Armen hatten Erap 1998 zum Präsidenten gemacht. Der „Champion der Menschen“ werde er sein, den Unterprivilegierten wolle er helfen, das hatte Estrada versprochen. Fast alle „Squatter“ wählten ihn. Weil sie ihn kannten als Filmschauspieler, der immer an der Seite der Unterdrückten, der Außenseiter stand. Weil er versprochen hat, den Menschen in den Slums zu helfen. Weil er auch nicht so gut Englisch spricht und seine Reden deshalb in Tagalog hält, der Sprache, die alle verstehen. Und weil er in Tondo geboren wurde, dort wo am Hafen auch eine riesige „Squatter-Siedlung“ ist. Das Estradas Familie nie im Slum wohnte, sondern wohlhabend ist, Tondo bald verließ und ins feine Greenhills zog, das verschweigt Erap gerne.

Die Agrarreform auf dem Lande und die Bewältigung des „Squatting-Problems“ in den Städten, das seien die beiden Hauptanliegen seiner Regierung, sagte Estrada 1998. Seine Geburtstage feierte er mit ehemaligen „Squattern“ aus San Juan, die jetzt in Sozialbauwohnungen in Taytay wohnen. Kurz vor Weihnachten besuchte er täglich „Squatter“ und verteilte – ein halbes Dutzend Kamerateams im Schlepptau – Geschenke. „Kosmetik! Show! Almosen!“, schimpften Oppositionspolitiker. Sie hatten Recht, aber es waren die gleichen Politiker, die die Situation der Armen jahrzehntelang nicht verbessert hatten.

Niemand weiß genau, wann es die ersten „Squatter“ gab. In den 50er Jahren diskutierte man erstmals über einen „Handlungsbedarf“ und die Frage der Legalität oder Illegalität von „Squatting“. Aber erst in den 70er Jahren wurden erste Regularien formuliert. Der damalige Präsident Ferdinand Marcos erließ das „Presidential Decree“ (PD) 772, das „Squatting“ offiziell illegal machte. „Squatting“ wurde nun nicht als Ordnungswidrigkeit, sondern als Verbrechen angesehen. Es sollte mit bis zu sechs Monaten Gefängnis oder einer Geldstrafe von bis zu 6.000,- Pesos (250,- Mark) geahndet werden. Gleich-

zeitig wurde erkannt, dass die Menschen dringend legale Unterkünfte brauchen. Das „Zone Improvement Program“ (ZIP) und das „Slum Improvement and Resettlement Program“ (SIR) waren die ersten Versuche, die Situation zu verbessern. Die Programme hatten zwar keinen Erfolg, aber immerhin wurde eingesehen, dass die Maßnahme, Hunderttausende für kriminell zu erklären, weil sie „Squatter“ sind, das Problem nicht löst.

Nach dem Ende der Diktatur von Marcos (1986) war es Präsidentin Corazon Aquino (1986 – 1992), die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre versuchte, die Wohnsituation der vielen Armen zu verbessern. Aber unter ihrem Sechsjahresplan („National Shelter Program“, NSP) wurden nur 14 Prozent der Unterkünfte gebaut, die eigentlich notwendig gewesen wären. Gleichzeitig zogen wieder Hunderttausende zu – die Situation verbesserte sich deshalb insgesamt nicht, sie wurde schlechter. Kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit (1992) verabschiedete die Aquino-Regierung den „Republic Act“ (R.A.) 7279, den sogenannten „Urban Development Housing Act“ (UDHA). „Squatter“, die vor März '92 auf einem Grundstück wohnten, bekamen erstmals Rechte: Bei Räumungen durch den Besitzer müssen den „Squattern“ seitdem alternative Wohnräume oder Geld angeboten werden, die Räumung muss 30 Tage vorher angekündigt werden. Eine Landinventur sollte zeigen, wie viele Freiflächen es noch in der Stadt gab. „Squatter“ sollten landesweit registriert werden, um kalkulieren zu können, wie viele Wohnungen gebraucht würden. Das Ergebnis: 3,7 Millionen Unterkünfte seien notwendig, um die Krise zu beheben. Die Zahl setzt sich zusammen aus fehlenden Wohnungen und aus der Notwendigkeit, bestehende Hütten zu ersetzen, die als „unzureichend für die Beherbergung von Menschen“ bezeichnet wurden.

Während der Regierungszeit von Präsident Fidel Ramos (1992 – 1998) wurde „Squatting“ per Erlass (R.A. 368) legalisiert. Der Erlass wurde 1997 Gesetz, seitdem ist „Squatting“ kein strafrechtlicher Tatbestand mehr auf den Philippinen. Fidel Ramos versprach viel Geld, mit dem Sozialwohnungen gebaut werden sollten. R.A. 7835, der „Comprehensive and Integrated Shelter Financing Act“ (CIFSA) bewilligte theoretisch 38,5 Milliarden Pesos (ca. 1,5 Milliarden Mark), mit denen ein neues „National Shelter Program“ (NSP) finanziert werden sollte, das auf fünf Jahre angelegt war. In der Praxis floss aber nur ein Fünftel der Summe. Pro Jahr wurden zwar 100.000 Unterkünfte gebaut, aber nur ein Teil davon war für die Armen bestimmt, auch die untere Mittelklasse brauchte und erhielt Unterstützung. Ungenügend war das Programm für beide Gruppen, auch weil weiterhin jährlich 500.000 Menschen in die Stadt zogen.

Mit der Wahl von Präsident Joseph Estrada (1998) verbanden die Armen, die ihn gewählt hatten, große Hoffnungen. Estrada erließ die „Executive Order“ 159, die die „Presidential Commission on Mass Housing“ kreierte. Estrada setzte sich selbst als Chef der Kommission ein. „Persönlich werde ich mich um die Woh-

nungsbauprojekte kümmern, ich bin ab jetzt der „Housing Zar“. Ich will nicht länger warten, ich ordne den Bau von Tausenden und Tausenden Sozialbauwohnungen an, wir geben jetzt Vollgas“, sagte Estrada. Er versprach den Bau von 350.000 Unterkünften pro Jahr. In der Praxis kamen seine Programme nicht über das hinaus, was seine Vorgänger im Amt realisiert hatten: Rund 100.000 Einheiten wurden pro Jahr gebaut. Fast zwei Drittel der staatlichen Förderung gingen nicht an die Armen. Wohnungsbauprogramme sind unterteilt zwischen „Socialized Housing“, Sozialbauten bis zu einem Preis pro Einheit von 180.000,- Pesos (DM 7.000,-) und „Open Housing“, alle Wohnungsprojekte mit einem Stückpreis, der darüber liegt. Die „Open-Housing-Aufträge“ sind für die beteiligten Banken und Bauunternehmer weitaus lukrativer.

Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Estrada eine Frau als Chefin der „Housing and Urban Development Coordinating Council“ (HUDCC) ernannt, die zuvor 30 Jahre lang als Sozialarbeiterin mit Nichtregierungsorganisationen für „Squatter“ gearbeitet hatte. Mit Karina Davids Berufung glaubten viele, dass sich wirklich etwas ändern würde. David wollte 80 Prozent der Wohnungsbauittel für „Socialized Housing“ einsetzen. „Bezahlbare Wohnungen müssen zuerst an die Ärmsten gehen“, sagte sie. Die „Construction and Real Estate Builders Association“ (CREBA), ein mächtiger Verband der Bauunternehmer, sah seine Profite schwinden und rebellierte. „Ein nationales Wohnungsbauprogramm muss für alle Filipinos sein. Wenn wir nur für die Armen bauen, ist das nicht nur ungerecht, sondern hilft auch nicht die Wirtschaft des Landes anzukurbeln“, sagte CREBA-Präsident Jaime Cura. Schließlich zeigte sich, dass Estrada dem Verband der Bauunternehmer näher stand als seinen Wahlversprechen und seiner Wohnungsbauministerin. Davids Kompetenzen wurden soweit beschnitten, dass sie zurücktrat. Estrada ersetzte sie durch Jose Luis J. Yulo, einen Bauunternehmer. Yulo ist einer von Estradas so genannten „Cronies“ – befreundete Geschäftsleute, die der Präsident begünstigte. Ihre Firmen bekamen Regierungsaufträge in Milliardenhöhe. Einer dieser Aufträge ist der Bau der „Erap City“, in die Luzbiminda vom Pasig-Fluss ziehen soll.

Erap City heißt eigentlich offiziell „Kasiglahan Village“ und wurde unter Fidel Ramos geplant. Aber Erap taufte die Siedlung kurzerhand um und erklärte die neue Stadt zum Vorzeigeprojekt seiner Regierung: In einem stark erdbebengefährdeten Gebiet sollen auf 2.500 Hektar Sozialbauwohnungen für 1,2 Millionen „Squatter“ entstehen, die aus Manila hierhin ziehen sollen. Estrada vergab den 2,8 Milliarden-Peso-Bauftrag (DM 112 Mio.) für die erste Bauphase an die „New San Jose Builders Inc.“, eine Firma, an der Antonio Evangelista, ein ehemaliger Klassenkamerad Estradas, beteiligt ist. Evangelistas Firma bedankte sich für den Auftrag unter anderem mit dem Bau der sogenannten „Boracay mansion“, einer 6,5 Millionen Mark teuren Villa

in Manila. Dort wohnte eine von Estradas Mätressen, mit der er drei Kinder hat. Erap gibt zu, sieben uneheliche Kinder mit fünf verschiedenen Frauen zu haben. Alle wohnen in großen Villen, die mehrere Millionen Dollar kosteten. Die „Boracay mansion“ wurde mit einem Scheck bezahlt, den Jose Luis J. Yulo ausstellte, der Bauunternehmer, den Estrada zum Chef der Wohnungsbaubehörde HUDCC ernannt hatte.

Der Präsident der Philippinen verdient gut 2.000 Mark im Monat. Riesige Anwesen für die Mätressen des „Präsidenten der Armen“, dem „Housing-Zar“? Errichtet und bezahlt von Bauunternehmern, die Regierungsaufträge im sozialen Wohnungsbau oder hohe Posten in Regierungsbehörden erhalten hatten? Korruption und Vetternwirtschaft auf Kosten der Armen? Die „Boracay mansion“ erregte besonderes Aufsehen. Benannt nach Boracay, der Urlaubsinsel im Süden mit den schneeweißen Stränden, weil zu dem Anwesen ein Swimmingpool gehört, in dem eine Wellenmaschine Brandung auf einen weißen Sandstrand treibt. Von dem Geld, das die Villa gekostet hat, hätten Sozialwohnungen für 5.000 Menschen in Erap City gebaut werden können. Dort sind mittlerweile 7.000 der geplanten 240.000 Häuser fertiggestellt. 2.000 von ihnen stehen leer, in eines davon soll Luzbiminda ziehen, die anderen sind ebenfalls für „Squatter“ aus Manila reserviert, die nicht kommen wollen.

8. In den Umsiedlungsprojekten ist es sauberer als in den Slums.

**Aber weil die meisten weit von Manila entfernt sind,
ist es dort schwieriger zu überleben**

Erap City. Zuerst fällt die gute Luft auf. Und dass man in die Ferne schauen kann, ohne ein Meer von Häusern zu sehen. Grüne Hügel am Horizont säumen das Tal, es gibt sogar eine leichte Brise und ein paar zwitschernde Vögel. Das was eigentlich schön ist, ist das Problem: Erap-City ist in Rodriguez, Rizal. Mit Manila hat das nichts mehr zu tun. 23 Kilometer sind es bis zum Stadtrand, aber Entfernungen werden hier in Pesos gemessen, nicht in Kilometern oder Minuten. 56,- Pesos (DM 2,30) kostet die Fahrt nach Manila, wo die Jobs sind. Das Geld muss erstmal wieder reingeholt werden, bevor verdient wird. Kasiglahan Village 1, das hört sich an wie ein kleines Dorf. Der erste Bauabschnitt ist fast fertig, mittlerweile sind 25.000 ehemalige „Squatter“ eingezogen. Früher war hier gar nichts, jetzt sieht es so aus, als hätte jemand einfach tausende Fertighäuser in die Natur gesetzt. Genauso war es.

Block 8, Reihe L, Haus 90: Vungie Pangilinan ist mit ihrem neuen Zuhause zufrieden. „Wenn ich das mit unserer Hütte in Manila vergleiche ... Hier ist es sauber“, sagt sie und schaut um sich. „Wir haben jetzt richtige Wände und

einen Boden aus Stein.“ Ihr Haus sieht genauso aus wie die anderen 6.999 in Erap City. In Reih und Glied stehen sie nebeneinander. Spitzdächer aus verzinktem Metall, die Wände aus Backsteinen. Irgendwie erinnert alles an ein Lager, an eine vorübergehende Bleibe, nicht an eine neue Stadt. Wer Geld und Zeit hatte, der hat Hand angelegt und die Außenfassade verputzt, ganz selten sieht man sogar etwas Farbe an den Wänden. Manche Familien haben eine Linoleumfolie auf dem Betonboden. Auf 32 qm Grundstücken stehen die Reihenhäuser, Hunderte in jedem Straßenzug. Ein Haus pro Familie, ein Raum und ein kleines Badezimmer, hinten rechts gibt es noch ein Waschbecken – insgesamt 20 qm Wohnfläche hat jedes Haus. „Natürlich ist hier alles grau in grau und alle Häuser sehen gleich aus“, sagt Vungie, „aber das macht nichts. Hauptsache es ist sauber. Kein Staub, kein Matsch, sogar die Kanalisation funktioniert. Wenn es regnet, dann fließt das Wasser sofort ab.“ Seit fast einem Jahr ist Vungie jetzt hier und erst nach ein paar Minuten merkt man, dass sie nicht so glücklich ist, wie sie zunächst tut. Sie spricht von Dankbarkeit, schließlich seien sie nicht länger in einem stinkenden Slum. Erst später sagt sie, was ihr auf dem Herzen liegt: „Als wir wegziehen sollten aus Manila, da hat die Regierung all diese Versprechungen gemacht und als wir dann hier ankamen, da war alles ganz anders. In den ersten sechs Monaten gab es nur ganz wenig Strom. Nur vom Generator, zwischen 6.00 Uhr abends und 4.00 Uhr morgens. Oft war kein Benzin für den Generator da, dann hatten wir tagelang gar keinen Strom. Schlimmer ist es aber mit dem Wasser, das aus den Hähnen kommt. Es ist kein Trinkwasser, es stinkt. Außerdem geht es nur von 6.30 Uhr morgens für eine halbe Stunde. Wir sammeln dann immer in Kanistern, damit wir genügend haben zum Waschen und für die Toilettenspülung. Das Trinkwasser müssen wir kaufen. Eine Firma kommt mit einem großen LKW vorbei, dann stehen wir alle mit unseren Kanistern Schlange.“

180.000,- Pesos (DM 7.000,-) sollen Vungie und ihr Mann für ihr neues Haus zahlen. 30 Jahre haben sie Zeit dafür, einen Kreditvertrag mit einem Zinssatz von neun Prozent hat man ihnen angeboten, das heißt 1.437,54 Pesos (DM 62,-) müssten sie pro Monat aufbringen. „Wir haben noch nicht unterschrieben. Es sind ein paar Klauseln darin, die uns Angst machen. Wenn man zum Beispiel drei Monate lang nicht zahlt, dann kann die Regierung das Haus zurücknehmen. 30 Jahre, ich weiß nicht, ob wir so lange hier wohnen möchten.“ Am meisten Sorge macht Vungie der Job ihres Mannes. Er arbeitet in Manila und verdient 5.000,- Pesos (DM 220,-) im Monat. Aber die Hälfte davon geht für die Jeepney- und die Busfahrkarte drauf. „Hier gibt es überhaupt keine Arbeit und mit dem Pendeln, das ist so eine Sache. Ganz abgesehen von den Fahrkosten ist es auch sonst schwer für ihn. Mein Mann muss um 3.00 Uhr morgens aufstehen, damit er pünktlich ist.“

Erap City ist das Ende der Straße, eine Sackgasse. Hier fährt niemand vorbei, den man anhalten könnte. Eine kleine Haltestelle gibt es, aber man muss immer sehr lange warten. Tagsüber, weil es zu wenig Fahrgäste gibt und der Jeepneyfahrer wartet, bis sein Auto voll ist. In den Stoßzeiten, weil es dann nicht genügend Jeepneys gibt. Morgens, wenn die Männer nach Manila zur Arbeit müssen, warten hier Hunderte. Wer nach 4.00 Uhr kommt, der hat keine Chance. Eine Stunde Wartezeit, dann ist es 5.00 Uhr und man kommt in den Berufsverkehr. Zu dieser Zeit dauert es zwei bis drei Stunden, bis man in Manila ist. „Ganz viele sind schon entlassen worden, weil sie oft zu spät kamen“, sagt Vungie, „und wie sollen die jetzt ihren Kredit zurückbezahlen?“ Ihre Nachbarn seien schon zurück nach Manila gezogen, zurück in die Slums.

Neben der Jeepney-Haltestelle ist die offene Markthalle, eines der wenigen Gebäude, die anders aussehen als die Reihenhäuser. Sie ist halb leer, aber ein paar Stände gibt es hier, Frauen verkaufen Gemüse und Fisch. Dahinter ein Swimmingpool, der öffentlich sein soll, aber eigentlich immer geschlossen ist. Warum weiß niemand. Vieles verstehen die Menschen hier nicht: Warum gibt es keine Kirche, das war doch verabredet? Warum kam erst in der vergangenen Woche der erste Arzt hierher? Weil alle geschockt waren, als ein Kind an Masern gestorben war? Oder weil in ein paar Wochen Bürgermeisterwahlen sind und ein Kandidat zufällig jetzt auf die Idee kam, einen Arzt für Erap City bereitzustellen? Ein paar Meter hinter dem Swimmingpool steht das einzige große Haus in Erap City: Das Gebäude der Grundschule, das noch nicht fertig ist. In zwei Monaten soll es eingeweiht werden, aber das haben die Lehrer hier schon im vergangenen Jahr gehört. Ein Gebäude für das Gymnasium ist nicht geplant. Es wird in den gleichen Reihenhäusern unterrichtet, in denen die Menschen wohnen. Block 14, Reihe C, die Häuser 60 – 74, das ist bis zum Umzug die provisorische Grundschule. Block 15, Reihe N, Häuser 30 – 42, das ist und bleibt das Gymnasium.

Erminilda Torres steht ganz eng an der Wand. Knapp einen halben Meter hat sie Platz um vor der Tafel auf und ab zu gehen. B14-C-63 ist voll, 43 Kinder auf 20 Quadratmetern – ja, das geht. „Wir haben ihnen gesagt, dass sie keine Stühle mehr mitbringen sollen, das nimmt zuviel Platz weg“, sagt Erminilda in der Pause, „wenn die Kinder auf dem Boden sitzen, dann passen alle rein. Schwierig wird’s, wenn es regnet, weil die Dächer nicht dicht sind. Dann ist der Boden pitschnass.“ Die Häuser sind im Rohbau und so werden sie auch bleiben: Unverputzte Backsteine, keine Tür- oder Fensterrahmen, keine Strom- oder Wasseranschlüsse. 1.232 Schüler besuchen die Grundschule, 16 Lehrer gibt es. In der ersten Klasse ist das Verhältnis am katastrophalsten: Auf 146 Schüler kommt ein Lehrer. Seit einem Jahr unterrichtet Erminilda jetzt hier, seit acht Monaten habe sie kein Gehalt mehr von der Schulbehörde bekommen, sagt sie. Der Bürgermeister sei eingesprungen, jetzt bekämen sie alle 4.200 Pesos (DM 170,-) im

Monat, ein Viertel davon geht für die Transportkosten drauf. „Wir kommen schon zurecht, aber um die Kinder machen wir uns Sorgen. Das größte Problem ist, dass wir nicht genügend Schulbücher haben, vier Schüler müssen sich ein Buch teilen. Manche Familien haben auch nicht genug Geld, um ihren Kindern Stifte und Schreibhefte zu kaufen. Die Schüler hier tun uns leid. Wir versuchen unser Bestes, aber wir wissen, dass sie unter diesen Bedingungen den Standard nie erreichen werden, der notwendig wäre. Sie haben später keine Chance gegen Kinder, die auf einer vernünftigen Schule gelernt haben.“ Weil es so wenige Lehrer gibt, wird in Schichten unterrichtet. Während die Kinder in den Betongerippen ihren Lehrern das Alphabet entgegenbrüllen, lärmen draußen Hunderte, die auf ihren Unterricht warten. „Diejenigen, die hier sind, haben es nicht leicht“, sagt Erminilda, „aber was ist mit den vielen Kindern, die nicht mehr kommen? Seit ich hier bin kommen jede Woche zwei oder drei Schüler einfach nicht mehr zur Schule. Sie müssen ihren Familien helfen, Geld zu verdienen, damit sie ihre Kredite zurückbezahlen können.“ Erminilda spricht von Drogenhandel, Glücksspiel und Alkohol. „Wenn ich an die Mädchen denke, bekomme ich Angst.“ Das Wort Prostitution geht nicht über ihre Lippen. „All die Sachen, wegen denen sie aus dem Slum weggezogen sind, die sind jetzt hier in Erap City.“

Vom Vorzeigeprojekt Estradas, einer ganz neuen Siedlung, weiter zu einem Umsiedlungsprojekt aus der Ramos Zeit: San Jose del Monte, Bulacan. Lucy Cabers Mutter und ihr Bruder sollen hierhin ziehen. Die beiden wohnen in einem „Squatter-Gebiet“ an der C5, der Circumferential Road in Pateros, Manila. Die Straße soll ausgebaut werden, außerdem muss die Kanalisation modernisiert werden. Wegen des „Angat Water System Optimization Project“ (AWSOP) sollen mehrere hundert Familien nach Bulacan umgesiedelt werden. Lucy selbst wohnt nicht mehr im Slum. Sie hatte einen Job als Näherin in einer großen Fabrik gefunden und dort ihren Mann kennengelernt, der Abteilungsleiter ist. Beide wohnen jetzt zur Miete in einem kleinen Apartment. „Als ich gehört habe, dass meine Familie umgesiedelt werden soll, da musste ich etwas unternehmen“, sagt Lucy. Jetzt arbeitet sie bei der „Damayan ng mga Maralitang Pilipinong Api“ (DAMPA), einer Organisation, die sich für die Belange der von Umsiedlungsvorhaben betroffenen Familien einsetzt. „Nach Bulacan ziehen zu müssen, ist eine Katastrophe“, sagt sie, „es ist einfach zu weit weg von der Stadt, da kann man nicht überleben.“

Nach zwei Stunden Fahrt ohne Stau heißt es noch mal umsteigen, es ist die dritte Jeepneyfahrt. Nach weiteren 30 Minuten geht es mit dem Tricycle weiter, dann endlich erscheint die „Santo Christo Tower Bell“ Siedlung: Weiche Hügel, viel Grün, dazwischen Wellblechdächer soweit das Auge reicht. 10.000 Familien, 50.000 Menschen wohnen hier. Aber es sieht nicht aus wie ein Lager, die Straßen sind nicht nach Planquadraten angelegt, die Häuser nicht alle gleich. Es sind einfache Hütten. Zusammengeschusterte Spanplatten,

obendrauf Dachgiebel aus Holzplanken, auf denen die Wellbleche liegen – genau wie in den Slums von Manila. Einen großen Unterschied gibt es: Platz. Nicht aneinandergedrückt sind die Hütten, es ist ein bisschen Luft dazwischen. Nicht viel, vielleicht zwei Meter an jeder Seite, aber hier hat jeder sein Grundstück, das ein wenig Raum zum atmen lässt. Manche Familien haben angebaut, betreiben kleine Geschäfte. Andere bauen Gemüse an oder halten Schweine und Hühner.

Antoinette Verzosa wohnt seit einem knappen Jahr hier in „Santo Christo Tower Bell“. Ihre Geschichte ist klassisch: „Eigentlich komme ich aus dem Süden der Philippinen, aus Negros, aber vor 20 Jahren sind wir alle nach Manila, weil wir gehört hatten, dass es da Arbeit gebe. Im Stadtteil Intramuros haben wir gewohnt, am Bonifacio Drive. Alles war prima, mein Mann hatte Gelegenheitsjobs auf dem Bau und ich hab die Wäsche für unsere reichen Nachbarn gemacht. Aber eines Tages kam ein Mann von der Regierung und hat gesagt, dass wir wegmüssten. Als einen Tag später ein Bulldozer in unserer Straße parkte, da wussten wir, dass er es ernst meint.“ Jahrelang hatte die Hütte der Verzosas niemanden gestört. Aber dann fand ein Treffen der „Asian Pacific Economic Conference“ (APEC) in Manila statt. Der Konvoi der Staatskarossen fuhr am Bonifacio Drive vorbei und die Regierung wollte nicht, dass die Minister die Hütten der „Squatter“ sehen, die ein „Eyesore“ seien, ein Schmerz für die Augen. „Damals haben wir den Familien dort geholfen,“ sagt Lucy von DAMPA. „Wir konnten zwar nicht verhindern, dass die Hütten plattgemacht und die Menschen vertrieben wurden, aber wenigstens haben wir erreicht, dass die Regierung kurzfristig eine Alternative anbot. So konnten wir den sozialen Absturz verhindern.“

Lucy spricht von vier Stufen von „Squattern“: Die „Ärmsten der Armen“, sie leben auf der Strasse, haben nichts. Die „Untersten der Armen“, sie haben eine Hütte, aber keine Arbeit, kein Wasser, keinen Strom. Die „Mittelarmen“, sie haben ein unregelmäßiges Einkommen, eine Hütte und Zugang zu Wasser und Strom. Und die „Obersten der Armen“, sie haben ein Einkommen, ein Haus mit Steinwänden, Strom und Wasser, ihre Kinder gehen zur Schule. Aber solange sie „Squatter“ sind, gehörten sie zu den Armen. „Sie sind gefährdet, können vertrieben werden, so wie die Verzosas.“ Obwohl Gesetze die „Squatter“ schützen, kommt es in manchen Fällen immer noch zu sogenannten „demolitions“. Wenn keine Einigung erzielt wird und die Behörden der Meinung sind, die „Squatter“ müssten auf jeden Fall weg, dann kommen Bagger und zerstören die Hütten. Oft kommt es bei diesen Vertreibungen zu Gewalt. Nach Angaben der Organisation „Urban Poor Associates“ wurden im Jahr 2000 mehr als 35.000 „Squatter“ vertrieben, ihre Hütten zerstört. Die letzte große Aktion fand im vergangenen November statt. 3.000 „Squatter“ wurden vertrieben, weil ihre Hütten in der Nähe des Ortes standen, an dem

sich die Regierungschefs der „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) am 28.11.2000 zu einem Gipfel trafen. Während der Zerstörung der Hütten wurden vier Kinder verletzt, als die Polizei Tränengas einsetzte. Die vertriebenen „Squatter“ wurden mit 6.000,- bis 12.000,- Pesos (zwischen 200,- und 400,- Mark) entschädigt.

Damals, als ähnliches vor dem APEC-Gipfel in Intramuros passierte, hatte die Regierung den Verzosas ein Grundstück versprochen. Wo genau, das wisse man noch nicht, für ein paar Monate werde man erstmal in einem Übergangsquartier untergebracht. „Aus Erfahrung wissen wir, was von solchen Versprechungen zu halten ist, aber in dem Moment war alles besser als die Straße“, meint Lucy, „deshalb haben wir den Familien geraten, das Angebot anzunehmen.“ Aus den paar Monaten wurden drei Jahre. „Zehn Quadratmeter hatten sie uns zugeteilt in einem Übergangslager zwei Stunden von Manila entfernt. Außerdem haben sie uns Holz und Nägel gegeben, damit haben wir eine Hütte gebaut, so gut es ging. Strom oder Wasser gab es nicht und Arbeit natürlich auch nicht.“ Nach drei harten Jahren gab es endlich ein permanentes Grundstück für Antoinette und ihre Familie. Hier in San Jose del Monte, Bulacan. Ihr Haus mussten sie selber bauen, deshalb haben sie die Materialien mitgebracht aus ihrem Übergangsquartier. „Die Wohnsituation ist gar nicht so schlecht“, sagt Antoinette, „es gibt asphaltierte Straßen, Kanalisation. Strom und Wasser sind auch da.

Das einzige Problem ist das Geld. Mein Mann arbeitet immer noch in Manila, weil es hier keine Arbeit gibt. Außerdem kann ich nicht mehr helfen. Hier gibt es keine reichen Nachbarn, denen ich die Wäsche machen könnte.“ Antoinettes Mann kommt nur einmal in der Woche nach Hause. Ansonsten schläft er auf der Baustelle in Manila. Der Weg nach Bulacan ist einfach zu weit und zu teuer. Die Verzosas wollen Geld sparen, damit sie das Grundstück kaufen können. Bislang haben sie zwar nur von dem Kreditvertrag gehört, den es geben soll, aber irgendwann werde schon jemand mit den Papieren auftauchen, glaubt Antoinette. „Nach all den Jahren haben wir gelernt, geduldig zu sein. Den Nachbarn ist es genauso gegangen. Alles dauert viel länger als man glaubt, aber irgendwann klappt es. Viele haben einen Kreditvertrag unterschrieben, der läuft 25 Jahre.“ Die Siedlung in San Jose del Monte gibt es seit acht Jahren. Mittlerweile steht die kleine Kirche, zu der jeden Sonntag ein Priester kommt und sechs Gottesdienste hintereinander abhält. Mittlerweile steht die Schule in der Nähe und die Praxis mit dem Arzt von der Regierung, der die Menschen für 10 Pesos (40 Pfennig) behandelt. Manchmal denkt Antoinette trotzdem darüber nach, ob sie es noch einmal aufs Neue probieren sollten in Manila. „Dort war manches schlechter, aber vieles auch besser, weil ich da arbeiten konnte und wir mehr Geld hatten. Aber schwer zurückzugehen, es gibt in Manila keinen Platz für uns. Außerdem will ich

nicht schon wieder von vorne anfangen. Jetzt bleiben wir hier draußen und machen das Beste draus. Es gibt auch Vorteile hier. Ich hoffe nur, dass wir genug Geld zusammenbekommen um das Grundstück zu kaufen, dann haben wir endlich Ruhe und müssen keine Angst mehr haben, dass sie uns wieder vertreiben. Und vielleicht findet mein Mann ja irgendwann hier in der Gegend Arbeit.“ „Das Leben hier draußen reißt die Familien auseinander“, sagt Lucy von DAMPA, „schauen sie sich um, es sind keine Männer hier. Alle müssen in Manila arbeiten und um täglich zu pendeln ist es zu weit, zu teuer.“

9. Die Experten streiten sich darüber, ob Umsiedlungen in die Umgebung Manilas sinnvoll sind

„Squatter“ aus Manila in die Umgebung der Stadt umzusiedeln, ist eine Politik der Regierung, die seit Jahrzehnten praktiziert wird und ebenso lange umstritten ist. „Wenn man sich die vergangenen 40 Jahre anschaut, dann ist erwiesen, dass 80 Prozent der „Squatter“, die umgesiedelt wurden, zurück in die Stadt gekommen sind“, sagt Dennis Murphy von „Urban Poor Associates“ (UPA), einer Nichtregierungsorganisation, die seit 30 Jahren mit „Squattern“ in Manila arbeitet. „In den vergangenen zehn Jahren hat man versucht, Land zu finden, das etwas näher an der Stadt ist, und seitdem ist es ein bisschen besser geworden. Nach unseren Untersuchungen kommen aber immer noch 30 – 40 Prozent der „Squatter“ innerhalb der ersten zwei Jahre zurück. Diejenigen, die bleiben, haben ein hartes Leben. Irgendwie schaffen sie es. Sie sind hart im Nehmen, aber das Elend wäre nicht notwendig. Wir lehnen Umsiedlungen nicht grundsätzlich ab, aber die neuen Wohngebiete müssen in oder ganz in der Nähe der Stadt sein.“ Nach einer Studie der UPA gibt es in Manila 2.000 Hektar Land, das immer noch aus Spekulationsgründen brachliegt. „Die Regierung weiß das, sagt aber, dass sie das Land nicht kaufen und den „Squattern“ zur Verfügung stellen kann, weil die Grundstückspreise innerhalb Manilas nicht bezahlbar seien.“

Dennis Murphy glaubt, dass man sich noch nie mit einem Taschenrechner hingesetzt habe und einen Kostenvergleich zwischen Umsiedlungsprojekten innerhalb und außerhalb der Stadt angestellt habe. „Natürlich ist das Land hier etwas teurer. Aber bis ein Umsiedlungsprojekt außerhalb der Stadt mit Zufahrtsstraßen, Häusern, Schulen, Märkten usw. fertiggestellt ist, wird es genauso teuer wie ein Stück Land in Manila. Wir schlagen vor, Land in der Stadt zu kaufen, nur die wichtigste Infrastruktur wie Kanalisation, Wasser und Strom zur Verfügung zu stellen und die Menschen ihre eigenen Häuser bauen zu lassen. Es gebe weitaus weniger Widerstand seitens der „Squatter“, ihre alten Wohngebiete zu verlassen, wenn sie in der Stadt bleiben könnten. Ohne

diesen Widerstand könnten die Infrastrukturprojekte der Regierung, die ja meist Grund für die Umsiedlung sind, viel schneller realisiert werden. Auch das würde Geld sparen. Aber so denkt in der Regierung leider niemand.“ Murphy glaubt, dass es nicht um Geld gehe. „Die Regierung will nicht, dass die „Squatter“ ihre eigenen Häuser bauen, denn das neue Wohngebiet würde wieder aussehen wie ein Slum. Hier geht es auch um optische Hygiene. Die Armen sollen aus der Stadt verschwinden.“

„Es ist blauäugig zu glauben, dass alle in der Stadt wohnen könnten.“ Florian Lazaro lehnt sich in ihren Ledersessel zurück und zieht noch einmal an ihrer Zigarette. Sie ist Abteilungsleiterin in der „National Housing Agency“ (NHA), der größten Wohnungsbaubehörde der Regierung. „Sich von den Umsiedlungen in das Umfeld von Manila zu verabschieden, wäre töricht. Natürlich ist es wünschenswert, „Squatter“ innerhalb Manilas umzusiedeln, aber das ist meist nicht bezahlbar. Ich will ehrlich sein. Wenn man sich die ersten fünf Jahre unserer Umsiedlungsprojekte in der Umgebung Manilas anschaut, dann sieht es in der Regel so aus, als sei die Maßnahme fehlgeschlagen. Die Menschen haben es schwer, es gibt viel Leid. Aber mit der Zeit wird ihre Situation besser. Diese Siedlungen entwickeln sich zu neuen Städten. Nach 20 Jahren geht es den Menschen, die dort geblieben sind, viel besser als denen, die noch oder wieder in Manila sind.“

Lazaro sagt, dass sie nach all ihren Jahren in der NHA vor allem eines gelernt habe: „Ich habe aufgehört, wundervolle Verbesserungen innerhalb von fünf Jahren sehen zu wollen. Ich bin nicht glücklich darüber, 20 Jahre zu warten, bis man zufrieden sein kann mit einem Projekt. Aber mittlerweile habe ich das akzeptiert, so ist das nun mal hier auf den Philippinen. Ich weiß, dass diese Zeit hart ist für diejenigen, die in einem Umsiedlungsprojekt ankommen, wo es außer vier Wänden praktisch nichts gibt. Aber schauen Sie sich an, wie sie vorher in Manila gelebt haben. Niemand will am Ufer eines stinkenden Kanals wohnen.“ Natürlich müsse man parallel zu Umsiedlungsprojekten auch versuchen, die Situation der „Squatter“ in Manila zu verbessern, glaubt Lazaro. CMP, das sei gut, aber der Staat habe einfach nicht genug Geld, um 3,5 Millionen „Squatter“ zu Landbesitzern zu machen. Außerdem sei es oft schwierig, erfolgreiche Projekte in der Stadt zu realisieren. „In Tondo hatten wir einen Fünfjahresplan für die Entwicklung eines Gebietes erstellt, in dem 12.000 Familien wohnten. Wir haben die andauernde Migration mit einbezogen und gingen davon aus, das in zehn Jahren dort 27.000 Familien wohnen würden. Aber schon nach drei Jahren waren es 30.000. Die Einrichtungen, die wir geschaffen hatten, Wasserversorgung, Kanalisation, Schulen, Gesundheitszentren, all das reichte bei weitem nicht aus für die vielen Menschen. Tondo ist ein Beispiel dafür, dass man viel Geld, guten Willen und Energie in ein Projekt stecken kann und am Ende sieht es so aus, als hätte man

versagt, weil sich kaum etwas verbessert hat.“ Die Weltbank hatte in den 80er Jahren Projekte in Tondo mit 550 Millionen Mark gefördert. Ziel war es, die Bevölkerungsdichte um 75 Prozent zu verringern. Trotz der Programme nahm die Bevölkerungsdichte zu.

In der NHA weiß jeder, dass der Wettlauf mit den neuen Migrantinnen nicht zu gewinnen ist. Aber das sei nicht das einzige Problem, sagt Lazaro. „Die Journalisten kommen immer nach Manila, weil das Problem der „Squatter“ hier so offensichtlich ist. Aber Sie wissen doch, dass die Menschen nur hierhin kommen, weil die wirtschaftliche Lage in den Provinzen so schlecht ist. Die NHA muss sich um alle Filipinos kümmern, auch um die in den Provinzen, wo Millionen weder Land noch Arbeit haben. Eigentlich ist es egal, ob sie dort sind oder in Manila, sie brauchen ein Dach über dem Kopf, das vergessen viele.“ Man habe in Manila Fortschritte gemacht, die nicht offensichtlich seien, sagt Lazaro. Jahrelang sei daran gearbeitet worden, die Menschen in den „Squatter-Gemeinden“ dazu zu bewegen, sich zu organisieren. Mittlerweile gebe es viele Verbände und Organisationen der Armen, es gebe jetzt Ansprechpartner, mit denen die Behörden zusammenarbeiten könnten. Nur so könnten Lösungen gefunden werden, mit denen beide Seiten zufrieden seien.

„Die Tatsache, dass viele „Squatter“ heute Verantwortung übernehmen und mit uns kooperieren, das ist wirklich ein Erfolg. Viele Außenstehende zählen nur die neu errichteten Wohneinheiten und CMP-Projekte und vergleichen das mit dem Bedarf. Wer nur das betrachtet, der muss zu dem Schluss kommen, dass sich seit Jahrzehnten nichts verbessert hat. So gesehen ist unsere Arbeit ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Lazaro glaubt, dass man erfolgreicher und schneller sein könnte, wenn die Strukturen der Regierungsbehörden verändert würden. „Alles ist so kompliziert. Wenn wir ein Projekt realisieren wollen, dann sind so viele verschiedene Stellen beteiligt. Egal, ob Umsiedlung oder Verbesserungen in Manila, es geht nicht nur um Land und Häuser. Es geht auch um Straßen, Wasser, Schulen, Gesundheitseinrichtungen usw. Können Sie sich vorstellen wie schwierig es ist, alle verantwortlichen Behörden zu koordinieren?“

10. Dutzende Behörden, tausende Beamte – das organisierte Chaos ist langsam und teuer

Allein die Koordinierung der mit Wohnungsbau beschäftigten Stellen ist schwer vorstellbar. Mittlerweile gibt es auf den Philippinen ein kaum überschaubares Gewirr von Behörden, Programmen, staatlichen Finanzinstitutionen und Kommissionen, die alle zur Lösung des Wohnungsbauproblems beitragen sollen: „National Housing Authority“, „Housing and Urban Deve-

lopment Coordinating Council“, „National Home Mortgage Finance Corp.“, „Community Mortgage Program“, „Housing and Land Use Regulatory Board“, „Department of Public Works and Highways“, „Pasig River Rehabilitation Commission“, „Presidential Commission for Mass Housing“, „Presidential Commission for the Urban Poor“, „National Shelter Plan“, „Home Insurance and Guaranty Corporation“, „Smokey Mountain Development and Reclamation Project“, „Senate Committee on Urban Planning, Housing and Resettlement“, „Social Security System“, „Home Development Mutual Fund“, „Pag-Ibig Fund“, „Land Bank of the Philippines“, „National Economic and Development Authority, „Government Service Insurance System“, „Metro Manila Development Authority“, „Development Bank of the Philippines“, „Medium Term Philippine Development Plan for Shelter“, „Home Insurance and Guarantee Corp.“, „Home Development Mutual Fund“, „Unified Home Lending Program“, „Presidential Management Staff“.

All diese Behörden, Programme, Kommissionen und Finanzinstitutionen sollen dabei helfen, mehr Menschen ein (festes) Dach über den Kopf zu geben. Gleichzeitig haben manche dieser Stellen aber auch (oder sogar primär) andere Aufgaben. Kompetenz- und Aufgabenabgrenzungen sind undurchschaubar und wahrscheinlich mangelhaft. Das scheint man zwar schon lange erkannt zu haben, aber die Reaktion war nicht eine Verschlankung des Systems, sondern die Schaffung immer neuer Behörden und Kommissionen. Das „Housing and Urban Development Coordinating Council“ (HUDCC, 50 Beamte) zum Beispiel wurde kreiert, um die vielen Institutionen zu koordinieren. Bei großen Projekten werden weitere Koordinierungsbehörden eingerichtet, z. B. bei der Pasig River Umsiedlung die „Pasig River Rehabilitation Commission“ (PRRC, 50 Beamte). So entsteht eine groteske Situation: Eine Koordinierungsbehörde, die PRRC, koordiniert unter anderem eine andere Koordinierungsbehörde, nämlich das HUDCC (350 Beamte). Abgesehen davon, dass die großen staatlichen Behörden wie die „National Housing Authority“ (NHA, 1.900 Beamte) sowieso nicht gerne nach der Pfeife kleiner Koordinierungsbehörden tanzen, fragen sich die Beamten der NHA in dieser Konstellation regelmäßig welche Koordinierungsbehörde denn nun mehr zu sagen habe. Unter anderem zur Lösung des Hierarchieproblems will man eine neue Behörde gründen. Dem Senat liegt ein Gesetz zur Einrichtung eines Wohnungsbauministeriums vor.

„Es herrscht Chaos“, sagt Dr. Anna Marie Karaos, die Exekutivdirektorin des „Institute on Church and Social Issues“. Als „Squatting-Expertin“ und Vertreterin der Zivilgesellschaft sitzt sie bei vielen Treffen mit am Tisch. „Es wird geredet und geredet, eine Arbeitsgruppe nach der anderen gebildet und dann vertagt man sich, ohne das Konkrete beschlossen wird.“ Karaos glaubt, dass ein Chef fehlt. „Ob sie es glauben oder nicht, wenn wir über „Squatting“ in Manila sprechen,

dann muss man sagen, dass die entscheidende Behörde fehlt. Es gibt niemanden, der für Metro-Manila zuständig ist. Wir haben hier 17 Städte und Gemeinden, die die Gesetze nicht befolgen und niemand zieht sie zur Rechenschaft. Es gibt wunderbare Gesetze und andere Richtlinien, die eigentlich bindend sind. Nationale Behörden verabschieden sie, auf lokaler Ebene werden sie ignoriert, Konsequenzen hat das nicht. Die Probleme vor Ort müssten vor Ort gelöst werden, aber die Gemeinden tun nicht viel. Sie müssen niemandem Rechenschaft ablegen. Statt dessen verweisen sie auf staatliche Stellen, welche die Verantwortung hätten. Aber dort ist man überfordert oder hat andere Interessen. Viel Geld verschwindet oder verpufft. Wie gesagt, Chaos.“

Was oft geschieht, wenn zahlreiche Behörden, Finanzinstitutionen und Lobbyisten an der Verteilung von Geld beteiligt sind, das passiert wohl auch auf den Philippinen. Es gibt zwar keinen offengelegten Korruptionsskandal, aber der Ruf der mit Wohnungsbau betrauten Stellen ist nicht besser als der aller anderen Regierungsbehörden. Allesamt gelten sie als korrupt. Fakt ist, dass die Wohnsituation insgesamt unverändert schlecht und gleichzeitig das eingesetzte öffentliche Geld weitgehend weg ist. So war zum Beispiel beim, bzw. kurz nach dem Amtsantritt von Joseph Estrada die „National Home Mortgage and Finance Corp.“ (NHMFC) pleite. Sie soll unter dem „Unified Home Lending Program“ Kredite für Wohnungsbauprojekte vergeben. Sowohl die Mittelklasse als auch die „Squatter“ profitieren davon. Das „Community Mortgage Program“ (CMP), mit dem auch Franzisco im People's Village geholfen wurde, bezieht seine Mittel von der NHMFC. Insgesamt waren NHMFC-Kredite in Höhe von 42 Milliarden Pesos (knapp 1,7 Mrd. DM) ungedeckt. Mit dem Zusammenbruch der NHMFC kam auch das CMP der „Squatter“ zum Erliegen, obwohl die Armen ihre Zinsen viel öfter zahlten als die Mittelklasse. Jetzt wurden neue Mittel bewilligt, NHMFC und damit auch CMP arbeiten wieder. Aber werden die Mittel dieses Mal dort ankommen, wo sie hin sollen?

„Ich kann nicht sagen, dass unsere Behörden absolut sauber ist“, sagt Lucille Ortile, die stellvertretende Chefin des „Housing and Urban Development Coordinating Council“ (HUDCC). Das HUDCC ist die Behörde, die theoretisch über allen anderen stehen müsste, um diese zu koordinieren. „Ich habe von Korruption gehört und ich kann das weder bestätigen noch bestreiten.“ Ortile ist seit der Estrada-Zeit beim HUDCC. „Ich glaube wir haben gut gearbeitet. Zumindest haben wir mit unseren Programmen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass sich in Zukunft was tut. „Ein Problem ist, dass man die Ergebnisse nicht sofort sehen kann. Es dauert halt eine Weile, bis die Projekte, sei es Umsiedlung oder CMP, realisiert sind.“ Ortile spricht ruhig, fast gelangweilt. Das mit den „Squattern“, das sei auf einem gutem Weg. Millionen in Slums? Eine seit Jahrzehnten andauernde Krise? „Nein,

eine Krise würde ich die Situation nicht nennen. Vielleicht sehen Sie das so. In den Philippinen verstehen wir unter Krise etwas anderes. „Squatting“, das sei ein Problem, aber keine Krise.

11. Unter der neuen Regierung wird sich nichts ändern

Ortile wird auch unter der neuen Regierung Arroyo ihren Job behalten. Aber sie hat einen neuen Chef bekommen: Mike Defensor, 31 Jahre, einer der jungen Wilden, der sogenannten „Spice Boys“ der philippinischen Politik. Präsidentin Arroyo hat ihn dazu auserkoren, das Wohn-„Problem“ zu lösen. Als Kongress-abgeordneter hatte er das Gesetz mit verfasst, das das neue Wohnungsbaumini-sterium schaffen wird, falls der Senat zustimmt. Nach vier Wochen Amtszeit als HUDCC-Chef wollte Defensor zurücktreten. Arroyo hatte auch für die NHMFC und die NHA neue Chefs benannt, die Ernennungen aber nicht mit Defensor abgesprochen. Der wollte eigentlich gleichzeitig Chef der NHA werden, damit endlich einmal klar sei, wer die Zügel in der Hand habe. Nach der Ent-schuldigung einer Mitarbeiterin von Präsidentin Arroyo („Wir hätten vor den Berufungen mit Mike sprechen sollen“) und der Widerrufung der NHMFC-Besetzung entschied sich Defensor, im Amt zu bleiben. Aber sein Start war ver-saut. Schnell war klargeworden: Neue Regierung, alte Kompetenzprobleme. Auch an den Strategien wird sich nichts ändern. „Es wird keine Umkehrung der Politik der alten Regierung geben“, stellte Defensor klar.

„Wir werden uns weiterhin darauf konzentrieren, zwei Gruppen von „Squat-ter“ umzusiedeln: Diejenigen, die dort wohnen, wo sie gefährdet sind und die-jenigen, die durch ihre Präsenz wichtige Infrastrukturprojekte der Regierung ver-hindern“, sagt Lucille Ortile, Defensors Stellvertreterin. „Gleichzeitig werden wir CMP dort forcieren, wo es sinnvoll ist, dass die Menschen langfristig bleiben.“ Wenn Ortile von Umsiedlung spricht, rutscht ihr manchmal das Wort raus, das besser zu ihrer Art über „Squatter“ zu sprechen passt: „Säubern“. Flussufer und Bahngleise würden sie säubern, sagt sie und meint damit das Vertreiben der „Squ-atter“. „1,5 Millionen „Squatter“ von Vertreibung bedroht“, schreibt die größte Tageszeitung der Philippinen. In der Tat: Der Pasig-Fluss, der Ausbau der C5 und R10 Straßen, neue Zugstrecken, die Manila sowohl im Norden als auch im Süden mit den angrenzenden Provinzen verbinden sollen, der Ausbau des Flug-hafens – wer all diese geplanten Infrastrukturmassnahmen realisieren will, der muss 1,5 Millionen Menschen umsiedeln. Das wird nicht geschehen, weil der Staat nicht genügend Geld hat. „Wir wollen in den kommenden zwei Jahren 250.000 „Squatter“ umsiedeln, das ist das Ziel“, sagt Ortile, „aber um ehrlich zu sein, wir haben nicht einmal dafür das Geld.“

12. Der Staat ist arm und deshalb machtlos.

Das Geld im Land ist ungerecht verteilt.

Solidarität mit den „Squattern“ gibt es nicht

„Weniger als ein Prozent des Haushaltes wird für Wohnungsbauprogramme ausgegeben“, sagt Florian Lazaro von der „National Housing Agency“. „Aber selbst wenn wir fünf Prozent hätten, lösen könnten wir die Probleme nicht. „Squatting“ ist nicht in erster Linie ein Wohnproblem. Es ist nur ein Zeichen der Armut, die Resultat der ungleichen und ungerechten Verteilung unserer nationalen Ressourcen ist.“ Lazaro meint die ungleiche Verteilung von Landbesitz. Alteingesessene Familien dominieren seit Jahrhunderten. Diese Großgrundbesitzer sind unvorstellbar reich, während Millionen keine Perspektive haben. Weil der Staat auch arm ist, spielen Regierungspolitik und die daraus resultierenden Wohnungsbauprogramme in Prinzip nur eine marginale Rolle. Würden alle Filipinos, vor allem die Reichen, ihre Steuern zahlen, sehe das vielleicht anders aus. Dennis Murphy von „Urban Poor Associates“ erlebt jetzt die fünfte Regierung und glaubt, dass die Maßnahmen wieder nur Kosmetik sein werden. „Von den 3,5 Millionen „Squattern“ werden pro Jahr 100.000 von Umsiedlung oder CMP betroffen sein. Im gleichen Zeitraum werden viel mehr neue kommen. Die Regierung wird die Situation nicht beeinflussen. Es fehlt der politische Wille und das Geld. Man muss die Regierungsprogramme ausklammern, wenn man sich überlegt, wie geholfen werden könnte.“ Dieser Satz führt an den Kernpunkt: Die philippinische Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Armen und Reichen.

Er führt zu all denen, die nicht in einer Wohnungsbaubehörde arbeiten oder in einer Nichtregierungsorganisation aktiv sind, sich also in der Regel nicht intensiv mit „Squattern“ und Armut beschäftigen. Er führt zu den Menschen, die meist nicht zitiert werden wollen. Diejenigen, mit denen man abends in Cafés und Kneipen sitzt. Sie haben Jobs, kommen aus der Mittelklasse und wollen genauso wenig wie die Reichen etwas mit „Squattern“ zu tun haben. „Jeder ist für seine Situation selbst verantwortlich.“ „Jeder hat eine Chance.“ „Wenn wir denen helfen, dann kommen immer mehr nach Manila.“ „Warum sollte ich etwas für die tun? Ich verdiene mein Geld hart und komme so gerade hin.“ „An jeder Ampel wird gebettelt, das geht mir auf den Geist.“ „Die „Squatter-Siedlungen“ sind so hässlich. Wie sieht das denn aus?“ Solche Sätze hört man oft. Von Solidarität, Betroffenheit, einem „Wir-Gefühl“ unter Filipinos ist nichts zu spüren. „Ohne die Arbeit der Armen würde das Leben in Manila zusammenbrechen“, sagt Jaime Sin, der Kardinal der Stadt, „aber gleichzeitig interessiert es niemanden, wie es den Armen geht.“

„Betroffenheit über Armut gibt es immer nur vorübergehend. Nämlich dann, wenn eine Tragödie passiert oder wenn die Medien sich ein Beispiel

rauspicken und berichten“, sagt Dr. Anna Marie Karaos (Institute on Church and Social Studies). „Wenn mehrere hundert „Squatter“ in Payatas durch einen Müllrutsch sterben, dann schämen wir uns, weil es uns daran erinnert, dass bei uns Menschen auf Müllhalden wohnen müssen, um zu überleben. Als die Smokey Mountain Müllhalde in Tondo durch Medienberichte weltberühmt wurde, da haben wir uns genauso geschämt. Wenn es Betroffenheit gibt, dann passiert etwas. Smokey Mountain gibt es nicht mehr, Payatas ist geschlossen, die „Squatter“ sind umgesiedelt worden.“ Karaos glaubt, dass diese Beispiele nicht ausschließlich Fortschritt bedeuten, sondern sogar teilweise schaden. „Wenn sich nämlich etwas getan hat in einem berühmten Fall, dann sind alle beruhigt. Sie glauben, dass das Problem ja jetzt gelöst sei. Dabei gibt es Dutzende andere Müllhalden mit „Squattern“ und Millionen, die in Slums wohnen. Wir sollten uns nicht nur schämen, wenn die Medien berichten. Wir sollten uns täglich dafür schämen, dass unsere Landsleute unter diesen Bedingungen leben müssen. Es ist schlimm, weil es unsere Gesellschaft reflektiert, die geballte Ungleichheit und damit die Ungerechtigkeit in diesem Land. Aber es gibt keine Scham. Die Menschen haben resigniert, ohne es zu merken. Armut ist normal.“

Armut gab es immer. Armut und damit auch Millionen „Squatter“ wird es immer geben, wenn sich in den Philippinen nicht Grundsätzliches ändert. Aber die Akzeptanz des Status Quo ist Teil, vielleicht sogar Voraussetzung eines Systems, das in erster Linie diejenigen begünstigt, die in der Lage wären es zu ändern. Auch wenn viele es bestreiten und auf Veränderungen hinweisen würden, insbesondere auf das allmähliche Wachsen der Mittelklasse; auch wenn Polarisierungen gefährlich und Verallgemeinerungen unfair sind – wer deutlich werden will, muss feststellen: Die Philippinen sind eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der Armut nicht nur akzeptabel, sondern notwendig ist zur Sicherung des Lebensstandards der Reichen.

Die Reichen, gemeint sind die wenigen Superreichen und die neue Mittelklasse, brauchen die Armen. Ohne sie ist kein bequemes Leben möglich, weil dann Dienstleistungen zu teuer wären. Gleichzeitig sollen die Armen möglichst unsichtbar sein, denn Armut ist hässlich. Die Armen brauchen das Geld der Reichen um zu überleben. Auch sie haben ihre Situation akzeptiert. Wut findet man in den Slums nicht. Die Politiker stehen in der Mitte und spielen keine große Rolle. Sie müssen sich ein wenig um die Armen kümmern, weil es um viele Millionen Wählerstimmen geht. Gleichzeitig wissen die Politiker, dass sie wegen der beschränkten Ressourcen des Staates nichts Nennenswertes bewegen können. Deshalb ist die Öffentlichkeitswirkung von Maßnahmen wichtiger als ihre Effektivität. Besonders vor Wahlen, wenn Politiker mit Geschenken und Versprechen durch die „Squatter-Bezirke“ ziehen.

Es gibt ein unausgesprochenes, von denen die Geld haben diktiert Abkommen, nach dem Reich und Arm nebeneinander leben: „Ihr putzt, kocht, wascht, bewacht unsere Häuser und wählt den richtigen Kandidaten – wir geben euch genug Geld zum Überleben.“ Es bleibt friedlich, weil beide, Reich und Arm, wissen, dass sie einander brauchen.

Die Reichen beschränken ihre Kontakte mit den Armen auf das Nötigste. Meist geht es um Organisatorisches, das in Zusammenhang mit Dienstleistungen steht. Darüber hinaus gibt es keine Interaktionen. Die Armen befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis, von dem ihr Überleben abhängt. Sie können sich nicht natürlich geben, müssen aufpassen, was sie sagen. Kommunikation müsste von den Reichen initiiert werden. Aber von ihnen geht niemand in einen Slum um mal zu schauen, wie seine Haushaltshilfe und ihre Familie dort leben von dem 30-Pfennig-Stundenlohn, den man zahlt. Die „Squatter“ in den Slumgebieten bleiben eine unbekannte Masse, an deren Hütten man jeden Tag mit dem Auto vorbeirauscht. Nur an den Ampeln oder im Stau muss man hinschauen. Nur dann tut es weh.

„Die Distanz ist auch ein Selbstschutz. Erstens ist das Problem der Armut beängstigend monumental und jeder glaubt, dass er selbst es ja eh nicht lösen kann. Zweitens kann man nicht jeden Tag mit dem Elend konfrontiert werden und sich gleichzeitig verantwortlich fühlen, dann würde man verrückt“, glaubt Dennis Murphy. „Neben der Armut zu leben und sich schuldig fühlen wäre unerträglich, deshalb wird die Schuld zu den Armen geschoben. Sich einzureden, die „Squatter“ seien selbst verantwortlich für ihre Situation, hilft. Nur so ist das Leben im Angesicht von Elend erträglich.“ Dennis Murphy glaubt, dass ein gesamtgesellschaftlicher Bewusstseinswandel notwendig sei, um das Problem der Armut zu bekämpfen: Ein kollektives Übernehmen von Verantwortung für die katastrophale Lage in den Philippinen mit der Konsequenz, dass alle helfen, die helfen könnten. „Vergessen sie den Staat. Wenn sich jeder, der Billiglöhner beschäftigt, gleichzeitig um die Hütte und die Schulausbildung der Kinder seiner Angestellten kümmern würde, dann wären wir einen großen Schritt weiter.“

Aber Murphy ist pessimistisch: „Es gibt immer weniger junge Menschen, die die Gesellschaft ändern wollen. Früher kamen so viele junge, intelligente Leute von den Universitäten zu uns und wollten wenigstens eine Zeitlang mitarbeiten, um den „Squattern“ zu helfen. Sie kommen nicht mehr. In der Zeit der Globalisierung und des Kabelfernsehens hat die Elite von morgen kein Interesse mehr daran, die Gesellschaft zu verändern. Heute wollen alle möglichst schnell Geld verdienen. Das wird ihnen im Fernsehen vorgekaut und nur das zählt für sie. Wenn man sich anschaut, wie sich Kultur und Gesellschaft entwickeln, dann muss man weniger Hoffnung auf Wandel haben als vor zehn Jahren.“

„Die Armut in den Philippinen ist ein Skandal“, sagt Soziologieprofessor Randy David von der University of the Philippines, „es ist das dringendste Problem, das unsere Gesellschaft lösen muss. Niemand sollte ruhig schlafen können, während Millionen Filipinos leben müssen wie Tiere. Ohne Würde. Familien unter Brücken, Kinder – zu Tausenden auf den Straßen, jeden Tag müssen sie sich ihre Mahlzeit erbetteln. Es ist ein Skandal. Und das trotzdem fast alle ruhig schlafen, ist ein noch größerer Skandal.“

Drei Minuten nach ihrer Vereidigung auf der Bühne des EDSA-Schreins sprach die neue Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo vor 200.000 Menschen von ihren Zielen. Auf der EDSA stand die junge Mittelklasse-Handy-Generation, die Arroyo geholfen hatte, Estrada zu stürzen. Arroyos zweiten Satz hatten so oder so ähnlich schon viele philippinischen Präsidenten gesagt: „Wir wollen den Krieg gegen die Armut innerhalb dieser Dekade gewinnen!“ Der Applaus war verhalten.